

Kaiser

B e r i c h t

über Arbeiten des Statistischen Bundesamtes
seit der letzten Beiratstagung und über die
in Vorbereitung befindlichen statistischen
Vorhaben

====

Besprechungsunterlage für die 2. Tagung des Statistischen
Beirats am 14. und 15. Dezember 1954 in Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT

Wiesbaden-Biebrich, den 12. Nov. 1954

Bericht über Arbeiten des Statistischen
Bundesamtes seit der letzten Beiratstagung und
über die in Vorbereitung befindlichen statistischen Vorhaben

Vorbemerkung

Der hiermit vorgelegte Bericht soll es den Mitgliedern des Beirats ermöglichen, sich zu wichtigen Problemen zu äußern, die bei der Arbeit des Statistischen Bundesamtes aufgetreten sind. Das Amt hat sich zu diesem Zwecke bemüht, einzelne und ausgewählte Fragenkomplexe kritisch zu beleuchten. Die Arbeiten des Amtes werden nicht vollständig dargestellt, sie sind den Beiratsmitgliedern aus der Arbeit der Fachausschüsse, den Arbeitsdokumenten und den Veröffentlichungen des Amtes bekannt. Die vorhandenen Probleme können in diesem Bericht vielfach nur aufgezeigt werden, ohne daß in allen Fällen Vorschläge zu ihrer Lösung gemacht werden können.

Es ist nicht beabsichtigt, den schriftlichen Bericht auf der Tagung noch einmal in extenso in mündlicher Form zu geben. Das Amt möchte in erster Linie den Beiratsmitgliedern Gelegenheit geben, die aufgeworfenen Fragen und die Auffassungen des Bundesamtes zu diskutieren. Selbstverständlich soll es darüber hinaus allen Beiratsmitgliedern freistehen, sich auch zu anderen, in diesem Bericht nicht besonders behandelten Arbeiten des Amtes zu äußern oder Fragen zu stellen.

A. Allgemeiner Teil

I. Die Arbeiten und die Arbeitsweise der verschiedenen amtlichen Gremien und die dabei gesammelten Erfahrungen

Zur Vorbereitung und Anordnung von Bundesstatistiken ist im Laufe der letzten Jahre ein System von Ausschüssen gebildet worden, dessen Aufbau wohl in großen Zügen als abgeschlossen betrachtet werden kann. Dieses System ist unter dem Titel: "Zum Ablauf einer Bundesstatistik" in "Wirtschaft und Statistik" ge-

schildert worden.¹⁾ Es erscheint dem Statistischen Bundesamt erwünscht, daß alle im Statistischen Beirat vertretenen Kreise Gelegenheit erhalten, ihre Erfahrungen mit diesem System auszutauschen. Die Vorzüge dieses Systems liegen auf der Hand (Beteiligung aller interessierten Kreise an den Vorbereitungsarbeiten, so daß alle Wünsche und Einwendungen berücksichtigt werden können; sorgfältige Überprüfung der Notwendigkeit einer Statistik; Rechtsgrundlagen, die die Verpflichtung des Staatsbürgers festlegen.) Diese Seite des Problems braucht daher kaum diskutiert zu werden. Kein System ist jedoch so gut, daß es nicht noch verbessert werden könnte, und kein System ist davor gesichert, daß es nicht unerwünschte oder nicht vorausgesehene Folgen hat. Das Statistische Bundesamt hat daher aus seinen eigenen Erfahrungen und aus den Erfahrungen anderer, soweit sie ihm bekannt geworden sind, die nachstehenden Gefahrenpunkte zusammengestellt.

a) Langsamkeit des Verfahrens

Es liegen eine Reihe von Beispielen vor, in denen der Durchlauf einer Statistik vom Zeitpunkt der ersten Anforderung des interessierten Ressorts bis zum Erlaß der Rechtsgrundlage mehrere Jahre erfordert hat.²⁾ Es wurden benötigt für die

Statistik der Lager und Lagerinsassen	etwa 2 1/2 J:	
Statistik der familieneigenen Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (bis zur Ingangsetzung der ursprünglich geforderten regelmäßigen und laufenden Erhebung)	über 3 Jahre	3)
Statistik der Straßenverkehrsunfälle	über 1 Jahr	4)
Fremdenverkehrsstatistik	über 1 Jahr	4)
Fürsorgestatistiken	3 Jahre	4)
Statistik der Bautätigkeit und der Wohnraumvergaben	etwa 2 Jahre	4)

1) Siehe: Dr. Hermann Reepschlaeger, Zum Ablauf einer Bundesstatistik, "Wirtschaft und Statistik", 6.Jg.N.F., Heft 6, Juni 1954.

2) Einige der Rechtsgrundlagen für die folgenden Statistiken sind z.Z. noch nicht in Kraft getreten.

3) Die neue Verordnung sieht wieder nur eine befristete Durchführung vor.

4) Hierbei handelt es sich um Rechtsgrundlagen für Statistiken des laufenden Programms.

Es gibt selbstverständlich auch statistische Vorhaben, die das System schneller durchlaufen haben, aber man wird nach den bisherigen Erfahrungen damit rechnen müssen, daß, wenn alles gut geht, für Rechtsverordnungen etwa 1 Jahr gebraucht wird, bei Gesetzen im allgemeinen noch länger.

Wohl nur derjenige, der Statistiken grundsätzlich als überflüssig ansieht, kann dieses sehr stark wirkende Bremssystem begrüßen. Statistiken werden aber schließlich von den Ressorts für bestimmte Verwaltungszwecke gefordert; und die Notwendigkeit und Dringlichkeit ist im allgemeinen in allen vorliegenden Fällen im Verlauf der Prozedur auch anerkannt worden. Als befriedigend kann diese Langsamkeit aber wohl kaum angesehen werden, besonders dann nicht, wenn es einmal gelten sollte, für rasch zu treffende Maßnahmen schnell die statistischen Unterlagen bereitzustellen. Die Langsamkeit des Systems muß die "Umgehungsinitiative" wachrufen, die z.B. darin bestehen kann, daß die Ressorts mit ihren zur Verfügung stehenden Mitteln, die nicht der Kontrolle des hier behandelten Systems von Ausschüssen unterliegen, z.B. nichtamtliche Institute oder Stellen beauftragen, die notwendigen Unterlagen zu beschaffen.

Das Statistische Bundesamt möchte aus der Langsamkeit des Systems und aus den bisherigen Erfahrungen die Konsequenz ziehen, daß das statistische Bild der wirtschaftlichen Tatbestände und Vorgänge möglichst laufend und regelmäßig aufgezeichnet werden muß. Geschieht dies, so steht damit für die Maßnahmen der Ressorts das notwendige Material wenigstens in großen Zügen jederzeit bereit und Anordnungen von Statistiken für besondere Verwaltungszwecke, deren Ergebnisse praktisch zu spät kommen würden, können in gewissem Umfange vermieden werden.

Eine weitere Schlußfolgerung ist, daß die statistischen Anforderungen mit den Terminen für die Haushaltsvorlagen in Bund und Ländern besser in Einklang gebracht werden müssen. Statistische Vorhaben, die im Augenblick der Etataufstellungen in den Ländern und beim Bund nicht "etatreif" sind und infolgedessen nicht in die Haushaltsvoranschläge aufgenommen

werden, haben wenig Aussicht, im Laufe des folgenden Etat-Jahres finanziert zu werden. Es besteht die Gefahr, daß vom Erlaß der Rechtsgrundlage bis zur tatsächlichen Durchführung einer Statistik aus Haushaltsgründen noch ein neuer Zeitverlust entsteht.

b) Erleichterung des Verfahrens durch strenge Beachtung der Zuständigkeiten

Jedes System wird zweifellos gewisse Anlaufschwierigkeiten zu überwinden haben. Es hat sich jedoch wiederholt gezeigt, daß auf Gremien, die sich mit der Frage zu befassen hatten, ob eine Statistik durchgeführt und was gefragt werden soll, Diskussionen über das Wie der Fragestellung, also Probleme rein statistisch-technischer Art, die Behandlung verzögert haben. Man darf wohl erwarten, daß diese Schwierigkeiten in immer geringerem Maß auftreten werden.

c) "Zementierung" des Frage- und Aufbereitungsprogramms

Es wird immer wieder und insbesondere im Sonderausschuß der Länder gefordert, daß Fragebogen und Aufbereitungsprogramm Teil der Rechtsgrundlage werden. Geschähe dies, so könnten auch Veränderungen des Fragebogens usw. nur durch eine neue Rechtsverordnung erfolgen. Die Statistiken müssen nun einmal, wenn sie lebensnahe und damit praktisch verwendbar sein sollen, sich den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen. Man muß also auch in der Lage sein, gegebenenfalls gewisse Einschränkungen vorzunehmen oder die eine oder andere Frage desselben Fragenkomplexes auf Grund der Erfahrungen zu revidieren. Das ist praktisch auch in der Vergangenheit stets so gehandhabt worden. Hinter der Forderung der Länder steht vielfach die Sorge, daß die Statistiken ausgeweitet werden könnten, woraus sich finanzielle Konsequenzen, die ursprünglich nicht beabsichtigt waren, ergeben könnten. Das Statistische Bundesamt beabsichtigt, daß durch eine Besprechung des genauen Frage- und Aufbereitungsprogramms im Fachausschuß (im Rahmen der vorliegenden Rechtsgrundlagen) jeweils für 1 Jahr festgelegt wird, wie die Fragestellung lauten und was aufbereitet werden soll, damit die kostenmäßigen Voraussetzungen rechtzeitig geklärt werden können. Es erscheint in jeder Beziehung unerwünscht,

das ganze System der Ausschüsse in Bewegung zu setzen, um damit nur kleinere Änderungen und Anpassungen eines in einer Rechtsgrundlage festgelegten Frage- und Aufbereitungsprogramms zu erreichen.

d) "Hypertrophie" der statistischen Ausschüsse?

Wenn man die Zweckmäßigkeit eines Systems beurteilen will, muß man wohl auch die Kosten, die dieses System selbst hervorruft, mit in die Betrachtung einbeziehen. Eine grobe überschlägige Rechnung ergibt, daß die zum Beirat gehörenden Fachausschüsse, Arbeitskreise usw. in einem Jahr etwa 40 mal zusammentreten. Der Sonderausschuß der Länder tagt etwa 4 mal. Das bedingt, daß in einem jeden Land die Koordinierungsausschüsse auf Landesebene auch je 4 mal zusammentreten, so daß auch in den Ländern insgesamt 40 Sitzungen pro Jahr stattfinden müssen. Rechnet man nun noch die Sitzungen des Interministeriellen Ausschusses und seiner Unterausschüsse, die Sitzungen der bei den Bundesministerien bestehenden Ausschüsse, die Sitzungen des Statistischen Ausschusses des Städtetages, die sich ebenfalls mit den gleichen Statistiken beschäftigen, so muß man jährlich mit mindestens 100 Sitzungen für die amtliche Statistik rechnen. Berücksichtigt man die Länge der Tagungen, so muß man zu der Feststellung kommen, daß fast an jedem zweiten Arbeitstag in der Bundesrepublik irgendwo eine amtliche statistische Tagung mit durchschnittlich etwa 25 Teilnehmern stattfindet. Die Erfahrungen des Amtes haben gezeigt, daß die Zahl der Teilnehmer bei den Fachausschüssen noch ständig wächst. Wenn man ferner berücksichtigt, welche Vorbereitungszeit für die Anfertigung und Durcharbeitung der Verhandlungsunterlagen usw. hinzukommt, so erscheint die Zahl der Sitzungstage - von Reisekosten und Tagegeldern ganz zu schweigen - doch erschreckend hoch. Auch hier kann man hoffen, daß sich die einzelnen Gremien zeitlich besser aufeinander einspielen und daß sich nach Legalisierung des laufenden Programms die Zahl der Tagungen verringert. Das Bundesamt wird sich außerdem bemühen, die Tagesordnungen für die Fachausschüsse so aufzustellen, daß die umfangreichen Fragen technisch-organisatorischer Art, an denen nur die Statistischen Landesämter interessiert sind, auf einen der Fachausschußsitzung vorhergehenden oder folgen-

den Tag gelegt werden, um auf diese Weise die Beratungen des gesamten Fachausschusses von solchen Fragen zu entlasten und zeitlich zu verkürzen.

Da in dem System der Vorbereitung und Anordnung der Statistiken der Beirat und seine Fachausschüsse nur einen Teil des ganzen Räderwerks bilden, wird gebeten, die Diskussion und die Anfragen gegebenenfalls auf die Tätigkeit dieser Gremien zu beschränken.

II. Die Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in anderen Gremien

a) Arbeiten des Bundesausschusses Betriebswirtschaft (BBW) und des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW)

Seit etwa einem Jahr arbeitet im Rahmen des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW) ein besonderer Ausschuß, der sich mit Fragen der Betriebswirtschaft befaßt. Er setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die für ihre Person ernannt sind. Neben betriebswirtschaftlich interessierten Unternehmen und Vertretern von Verbänden der Industrie, des Handwerks, des Handels, der öffentlichen Betriebe sowie der Gewerkschaften gehören eine Reihe von Professoren der Betriebswirtschaftslehre und einige Beamte (Bundeswirtschaftsministerium, Bundesfinanzministerium, Bundesrechnungshof, Statistisches Bundesamt usw.) diesem Gremium an. Seine Beratungen sind vertraulich.

Das Statistische Bundesamt begrüßt die Zusammenarbeit mit diesem Ausschuß sehr, weil es der Auffassung ist, daß sich viele für die Betriebswirtschaft notwendigen begrifflichen Definitionen, Abgrenzungen, Gruppierungen usw. inhaltlich mit vielen für die Statistik benötigten Begriffen decken. Wenn es gelingt, die betriebswirtschaftlichen und Buchführungsunterlagen so auszubauen, daß aus ihnen die für volkswirtschaftliche Zwecke statistisch zu erhebenden Tatbestände entnommen werden können, so wäre für alle Beteiligten ein großer Schritt vorwärts zur Vereinfachung getan. Statistische Erhebungen würden sich sowohl für den, der sie durchführen, wie für den, der sie beantworten muß, erheblich vereinfachen und verbessern.

Von den die Statistik interessierenden Fragen stand das Problem der Betriebsvergleiche zur Diskussion. Betriebsvergleiche werden als Grundlage für Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung betrachtet. Sie können deshalb mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die für Produktivitätsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Für die Vorschläge, die der BBW für Betriebsvergleiche ausgearbeitet hat, ist als Rahmen weitgehend der Fragebogen der amtlichen Kostenstrukturerhebung 1950 verwendet worden. Auf die Tatsache, daß Betriebsvergleiche die amtliche Statistik nicht ersetzen können, ist bei den Arbeiten des Ausschusses stets hingewiesen worden. Betriebsvergleiche beschränken sich wegen der damit erstrebten Ziele oft auf Vergleiche zwischen ausgewählten und meist gut geleiteten Betrieben, während die Statistik die Gesamtsumme oder die Durchschnittsverhältnisse für einen gegebenen Wirtschaftsbe- reich feststellen muß. Die Ergebnisse von Betriebsvergleichen können daher nicht ohne weiteres mit den Durchschnittsverhältnissen der betreffenden Branche gleichgesetzt werden. Die Betriebsvergleiche können andererseits aber auch für die Statistik wichtige Pionierarbeit leisten, da hierbei Fragestellungen erprobt, der Sinn für die Durchleuchtung und den Vergleich des eigenen Betriebes mit den Verhältnissen einer Summe ähnlich gelagerter Betriebe oder mit den statistischen Ergebnissen für einen Bereich gefördert wird.

Es hat sich ferner gezeigt, daß Fragen, die den volkswirtschaftlich interessierten Statistiker beschäftigen (z.B. die Abgrenzung der Löhne und Lohnnebenkosten oder die Problematik der Abschreibungen) den Betriebswirt in gleicher Weise interessieren und daß durchaus auch die Betriebswirtschaftslehre aus einem Vergleich ihrer Gedanken mit den Wünschen und Anforderungen, die sich aus der volkswirtschaftlichen Schau ergeben, profitieren kann.

Der BBW befaßt sich auch mit Fragen der Definition betriebswirtschaftlicher Begriffe, die - wie gesagt - oft mit volkswirtschaftlichen Begriffen identisch sind. Es soll einmal der Inhalt von Begriffen, die sich vielfach in Gesetzen finden, für die Rechtsprechung möglichst klargelagt und auf lange Sicht dafür gesorgt werden, daß in der Wirtschaftsgesetzge-

bung nur Begriffe verwendet werden, für die eine allgemein anerkannte Definition oder Interpretation vorliegt. Da in einigen in Vorbereitung befindlichen Gesetzen bereits der Begriff der Produktivitätssteigerung auftaucht, erscheinen solche Bemühungen auch vom Standpunkt des Statistikers sehr erwünscht, denn von ihm wird späterhin erwartet, daß er die hinter solchen Ausdrücken stehenden Tatbestände mißt.

b) Arbeiten des Deutschen Normenausschusses (DNA)

Im Rahmen des DNA ist ein Arbeitsausschuß "Statistik" eingesetzt worden, der sich in seinen beiden Unterausschüssen "Technik der Statistik" und "Mathematische Statistik" mit Fragen der Normierung auf dem Gebiet der statistischen Technik sowie der mathematischen Terminologie und Symbolik befaßt. Das Statistische Bundesamt beteiligt sich an diesen Arbeiten und ist dabei bemüht, den von ihm als richtig angesehenen Grundsatz zu vertreten, daß man nur das normieren kann, aber auch soll, was man durch Konvention regeln könnte (z.B. Runden von Zahlen, Kennzeichnung von Größenklassen, Gestaltung von Tabellenüberschriften). In die Normierung sollten keine Begriffe einbezogen werden, die nicht durch eine Konvention festgelegt, sondern nur durch weitere wissenschaftliche Arbeit in ihrem Inhalt bestimmt werden können. Kurz gesagt: genormt werden soll die Technik, aber nicht der Geist.

Das Statistische Bundesamt arbeitet im Rahmen des DNA an einer Reihe von Aufgaben mit, von denen nur die wichtigsten zitiert seien:

- Darstellung und Veröffentlichung statistischen Materials,
- Gestaltung von Erhebungsvordrucken und statistischen Tabellen
- Graphische Darstellungen,
- Genauigkeit statistischer Größen,
- Vertrauensgrenzen,
- Deutsche Terminologie für das "Dictionary of Statistical Terms" (Mathematische Statistik).

c) Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, insbes. Diskussionen über die Zweckmäßigkeit des vorhandenen statistischen Instrumentariums für die Wirtschaftsbeobachtung

Das Statistische Bundesamt bemüht sich unablässig, die deutsche

amtliche Statistik und das gesamte statistische Programm nach Möglichkeit auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse und damit auch auf die Möglichkeit der Verifizierung wirtschaftstheoretischer Überlegungen auszurichten. Die Beteiligung des Amtes an der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute soll dem für dieses Ziel notwendigen Kontakt zur empirischen Wirtschaftsforschung und zur theoretischen Wirtschaftswissenschaft dienen. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft besteht - unter Vorsitz des Statistischen Bundesamtes - ein Arbeitskreis, der sich mit den Problemen des für die Wirtschaftsbeobachtung und die empirische Wirtschaftsforschung notwendigen statistischen Instrumentariums befaßt. Dieser Arbeitskreis ist durch eine Erweiterung des Aufgabengebietes eines schon seit längerer Zeit bestehenden Arbeitskreises über Probleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entstanden.

Die organisatorisch zur Zeit noch fehlende Verbindung zur theoretischen Statistik und zur theoretischen Volkswirtschaftslehre kann u.E. am besten dadurch geschaffen werden, daß das Statistische Bundesamt, wie es auch bisher schon zum Teil geschehen ist, zur Diskussion konkreter Fragen mit einzelnen oder einem kleinen Kreis ausgewählter Professoren verhandelt. Diskussionen theoretischer Art in großen Ausschüssen erscheinen wenig sinnvoll. Das Statistische Bundesamt ist ferner verschiedentlich zu den Beratungen des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums hinzugezogen worden (Fragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Probleme der sog. landwirtschaftlichen Parität) wodurch der Kontakt zur Wissenschaft gefördert wurde.

Es sei in diesem Zusammenhang der Hinweis erlaubt, daß es ausländischen Kollegen aufgefallen ist, daß im Statistischen Beirat des Bundesamtes die statistische und nationalökonomische Wissenschaft unmittelbar überhaupt nicht vertreten ist, während ähnliche Beiräte in anderen Ländern in erheblichem, wenn nicht gar in überwiegendem Maße aus Hochschulprofessoren zusammengesetzt sind, die nur ihre persönlichen Auffassungen, aber keine Organisation vertreten. Die anders geartete Zusammensetzung des deutschen Beirats hängt zweifellos mit dem föderativen

Staatsaufbau und mit der gesamten Organisation der deutschen Statistik zusammen. Die Frage eines besseren Kontaktes zur Wissenschaft erscheint aber durchaus der Überlegung wert.

III. Bericht über die Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an internationalen statistischen Tagungen und Projekten

a) Tagung der Europäischen Statistiker bei der ECE in Genf

Auf der zweiten Tagung der Europäischen Statistiker in Genf, die im Juni 1954 stattfand, ist das gesamte Programm der bei der ECE laufenden und geplanten statistischen Arbeiten diskutiert worden. Eine deutsche Übersetzung des von der Konferenz angenommenen Berichtes ist den Beiratsmitgliedern am 1.9.1954 übersandt worden. Darüber hinaus ist im "Allgemeinen Statistischen Archiv" ein Bericht über diese Tagung erschienen, der die wichtigsten Teile des amtlichen Berichts in verkürzter Form bringt und der auch einige Überlegungen des Statistischen Bundesamtes zu den behandelten Fragen enthält. Ein Sonderdruck dieses Berichtes wird den Beiratsmitgliedern übersandt werden, sobald die betreffende Nummer des Archivs erschienen ist.

Im Statistischen Beirat wären insbesondere die deutschen Auffassungen zum Arbeitsprogramm der Konferenz, wie es auf Seite 24 des übersandten Berichtes niedergelegt ist, zu diskutieren. Es werden daher hier die einzelnen Programmpunkte kurz behandelt, wobei keinesfalls auf Einzelheiten eingegangen werden soll. Alle hier angegebenen Programmpunkte bedürfen zweifellos späterhin noch einer eingehenden Diskussion in den einzelnen Fachausschüssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Punkten des Programms der Europäischen Statistiker-Konferenz

(Seite 24 des offiziellen Berichtes)

A 1. a) u. b) Statistik der Vorräte

Daß die Erfassung der Vorräte für die laufende Diagnose und Beurteilung der Wirtschaftslage und für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ein sehr wichtiges und noch keineswegs befriedigend gelöstes Problem

ist, darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Das Statistische Bundesamt hat sich daher bemüht, bei größeren einmaligen Erhebungen, insbesondere bei der Jahreserhebung der Industriestatistik, bei der geplanten Handwerkszählung usw., zu möglichst umfassenden Angaben über den Stand der Vorräte zu kommen. Die laufende kurzfristige Erfassung und Fortschreibung der Vorratsentwicklung liegt auch in Deutschland noch sehr im argen. Der beste Weg wäre, die bestehenden laufenden Berichterstattungen für die Erfragung der Vorräte zu benutzen, wie dies beim Großhandel geschieht und wohl auch beim Einzelhandel denkbar wäre. Der Gedanke, auch durch die laufende Industrieberichterstattung gegebenenfalls auf repräsentativer und freiwilliger Grundlage Größenvorstellungen über die Vorratsveränderungen zu gewinnen, kann leider infolge der zweifellos vorhandenen Schwerfälligkeit des gesamten statistischen Apparates wohl nur unter großen Schwierigkeiten verwirklicht werden. Man wird sich daher für die kurzfristige Beobachtung weiterhin mit Teilangaben und mit den Feststellungen behelfen müssen, die nur die Richtung aber nicht die Höhe der Vorratsveränderungen angeben (wie sie sich aus den Arbeiten einzelner Institute ergeben). An der Herausarbeitung praktisch brauchbarer Methoden für die Vorraterfassung durch internationalen Erfahrungsaustausch ist die Bundesrepublik unseres Erachtens stark interessiert.

A 2. Statistik der Anlageinvestitionen

Auch hier wird ein Feld berührt, das trotz seiner Bedeutung für die Beobachtung und Beurteilung der Expansionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft in der amtlichen Statistik bisher sehr wenig beachtet werden konnte. Die deutsche Statistik der Anlageinvestitionen beruht z.Z. auf Schätzungen, die von der Produktion sogenannter "Investitionsgüter" ausgehen. Bei dieser Methode ist jedoch der Umfang, in dem diese Güter tatsächlich investiert worden sind oder in welchem Umfang sie dem Staatsverbrauch, den privaten Haushaltungen oder auch dem Kostenverbrauch der Unternehmungen (Instandhaltungsprobleme) zugeführt worden sind, statistisch nicht faßbar.

Auch die außerordentlich wichtige Frage der Aufteilung der Anlageinvestitionen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche kann bei dem jetzigen Stand der Statistik nicht beantwortet werden. Hierzu wäre eine unmittelbare Befragung der Investoren oder eine Auswertung der Bilanzen notwendig. Die Bilanzstatistik ist auf die Kapitalgesellschaften beschränkt und kann daher nur unvollständige Ergebnisse liefern. Die Auswertung der Steuerbilanzen, die für alle Unternehmungsformen vorhanden wären und die in anderen Ländern auch statistisch ausgenutzt werden, stößt in der Bundesrepublik auf zahlreiche rechtliche und tatsächliche Schwierigkeiten. Ergebnisse würden auch immer erst sehr spät zur Verfügung stehen. Laufende Angaben über die jährlichen Investitionsausgaben der Unternehmungen, die praktisch und schnell nur durch eine entsprechende Befragung der Unternehmungen gewonnen werden könnten, liegen bei uns ebenfalls nicht vor. Auch hier ist unseres Erachtens die Bundesrepublik an einem internationalen Erfahrungsaustausch über die besten Methoden für diese Statistiken stark interessiert.

A 3. Sogenannte "Input-Output"-Studien

Die Arbeiten der ECE stehen hier noch im Anfang. Es erscheint daher besonders notwendig und wünschenswert, daß sich der Beirat mit Sinn, Ziel und Verwendbarkeit der sogenannten Input-Output-Rechnungen beschäftigt.

Als erstes müßte die Grundkonzeption geklärt werden. Vor allem ist die Frage zu erörtern, ob die Input-Output-Rechnungen die produktionstechnischen Zusammenhänge unter Berücksichtigung gewisser innerbetrieblicher Vorgänge darstellen sollen oder die marktwirtschaftlichen Verflechtung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Unternehmungen, Staat, Haushaltungen).

Ferner ist zu klären, ob und für welche Zwecke bei einer solchen Darstellung eine Gruppierung nach Institutionen oder nach Warengruppen vorgenommen werden soll oder muß.

Je nachdem, ob man sich hinsichtlich der Grundkonzeption in der einen oder anderen Richtung entscheidet, oder die eine

oder andere Lösung für vordringlich hält, ergeben sich verschiedene Auswirkungen auf die für die Aufstellung solcher Input-Output-Tabellen notwendigen statistischen Unterlagen.

Das Statistische Bundesamt schlägt vor, daß die hier auftretenden Fragen gegebenenfalls in dem neu zu gründenden Fachausschuß "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" behandelt werden.

A 4. Statistik der Ersparnisse

Es ist zurzeit noch unklar, was unter diesem Titel in der ECE behandelt werden soll. Gedacht ist wahrscheinlich daran, daß die Einkommen entweder verbraucht oder gespart werden können. Die Höhe und Entwicklung der Ersparnisse und ihres Übergangs in die Investitionen im volkswirtschaftlichen Sinne ist zweifellos ein wichtiger Faktor für die Beurteilung der Wirtschaftsstruktur und der Wirtschaftsentwicklung. Die Wege zur statistischen Erfassung der Ersparnisse sollten daher geprüft werden. Ehe weiteres gesagt werden kann, müssen die Vorschläge des Sekretariates der ECE abgewartet werden.

A 5. Laufende Entwicklung im Groß- und Einzelhandel

Über die Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel verfügt die deutsche Statistik schon heute über ausreichende Unterlagen aus der laufenden Repräsentativstatistik. Für den Großhandel wird eine entsprechende Statistik zurzeit aufgebaut. Ferner ist vorgesehen, das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in die Repräsentativstatistiken einzubeziehen. Wertvolles Material haben die Umsatzsteuerstatistiken bereits für die Vergangenheit geliefert und werden es in verbessertem Maße für die Zukunft tun. Besondere Schwierigkeiten bereitet in der Bundesrepublik wie aber auch in allen anderen Ländern die Beobachtung struktureller Veränderungen des Groß- und Einzelhandels.

A 6. Methoden für die Erhebung landwirtschaftlicher Erzeugerpreise und ihre Verwendung in abgeleiteten statistischen Reihen

Die Anregung zu diesem Programmpunkt stammt von der FAO. Sie ist wohl dadurch zu erklären, daß nicht in allen Ländern so wie bei uns die Preisstatistik als ein einheitliches Ganzes

gesehen und zusammengefaßt bearbeitet wird. In unserer deutschen Sicht sind dadurch viele, international noch weitgehend unklare Fragen nach dem zweckmäßigen oder richtigen Preisschnitt zum mindesten in großen Linien gelöst. Um nur ein Beispiel zu nennen: wir sind uns zum mindesten im Prinzip klar, was wir unter Erzeugerpreise verstehen, während im Ausland noch vielfach mit dem wenig klaren Begriff der Großhandelspreise gearbeitet wird, unter dem Erzeugerpreise ab Hof oder auch Preise auf anderen Verteilungsstufen verstanden werden können. Dieser Programmpunkt dürfte für die deutsche Statistik nicht von großer Bedeutung sein.

A 7. Internationale Lohnvergleiche

Die Problematik der Verwendung einheitlicher Lohnbegriffe, der Einbeziehung der Sozialleistungen usw. sowie die Schwierigkeiten einer Umrechnung auf eine einheitliche Währung und ihre verschiedenen Lösungsversuche können in großen Zügen als bekannt vorausgesetzt werden. Daß im Hinblick auf die verschiedenen internationalen Zusammenschlüsse die Ausarbeitung einheitlicher Methoden auch vom deutschen Standpunkt aus dringend wünschenswert wäre, liegt auf der Hand.

A 8. Wirtschaftsrechnungen

Zur Diskussion wird höchst wahrscheinlich das Problem kommen, wie man über die Wirtschaftsrechnungen für bestimmte ausgewählte Haushaltstypen (hauptsächlich Arbeitnehmerhaushaltungen) hinaus zu Wirtschaftsrechnungen für weitere, möglichst für alle Bevölkerungskreise kommen kann. Das Fernziel - soweit es überhaupt auf diesem Wege erreichbar ist - ist wohl, überall zu Vorstellungen über die Zusammensetzung des gesamten privaten Verbrauchs und seiner unterschiedlichen Zusammensetzung in den einzelnen Einkommensschichten zu kommen. Überlegungen zu dieser Frage sind zum Teil im Statistischen Bundesamt im Gange und werden zur geeigneten Zeit dem Fachauschuß vorgelegt werden. Der Versuch, für einen Ausbau der Statistik der Wirtschaftsrechnungen in dem angedeuteten Sinne Haushaltsmittel im Haushalt 1955 anzufordern, ist gescheitert.

A 9. Methodische Arbeiten auf dem Gebiet des internationalen Vergleichs der Wirtschaftsrechnungen und Arbeitskosten

Diese Frage ist insbesondere wegen der Arbeiten der Montan-Union auf das Programm gesetzt worden. Es muß hier in der Tat versucht werden, daß die für die 6 Montan-Union-Länder sehr detailliert durchgeführten Überlegungen für den größeren Kreis aller europäischen Länder nutzbar gemacht werden. Das Ziel hierbei müßte sein, zu verhindern, daß voneinander abweichende Grundsätze auf den verschiedenen internationalen Ebenen (Montan-Union, OEEC, ECE, ILO) erarbeitet werden.

Die Bundesrepublik hat dabei ein dringendes Interesse, daß die im kleinsten Gremium der Montan-Union erarbeiteten Grundsätze möglichst unverändert und daher ohne neue Arbeitsbelastung für die deutsche Statistik von den größeren Gremien übernommen werden.

B 1. Vierteljährliche Schätzungen der Hauptbestandteile des Volkseinkommens

Auch hier handelt es sich um ein Problem, an dem das Statistische Bundesamt seit geraumer Zeit arbeitet. Die Schwierigkeiten einer vierteljährlichen Berechnung liegen vor allem darin, daß wichtige Zahlen des Einkommenskreislaufes ihrer Natur nach in Zusammenhang mit den jährlichen Abrechnungsperioden der Landwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte nur jährlich festgestellt werden können. Hierdurch ergeben sich für alle vierteljährlichen Berechnungen erhebliche Unsicherheitsfaktoren. Auch wirft das Umrechnen der vorhandenen statistischen Unterlagen auf das Stadium des Entstehens von Forderungen und Verpflichtungen bei Berechnungen, die für kürzere Zeiträume als ein Jahr durchgeführt werden, schwer lösbare Probleme auf. Außerdem ist eine zuverlässige Interpretation der Ergebnisse erst dann möglich, wenn man über den jahreszeitlichen Ablauf der einzelnen Wirtschaftsvorgänge besser als bisher orientiert ist. Es dürfte aber immerhin möglich sein, gewisse Posten aus dem jährlich zu erstellenden Kreislaufbild laufend zu beobachten und die Beziehungsverhältnisse dieser der Beobachtung zugänglichen Posten zu den übrigen Posten genauer zu untersuchen. Die Bundesrepublik ist daher an der Behandlung dieses Themas auf internationaler Ebene interessiert.

B 2. Indices der Lebenshaltungskosten

Auf diesem Gebiet glauben wir, mit der deutschen Statistik und den ihr zugrunde liegenden Erkenntnissen auch international gesehen einen recht guten Stand erreicht zu haben. Es wird hier - ähnlich wie bei den Wirtschaftsrechnungen - notwendig sein, Verfahren zu entwickeln, die es erlauben, die Preise der Lebenshaltung für verschiedene Bevölkerungsschichten zu messen, so daß als Endziel die Preisentwicklung für den gesamten privaten Verbrauch der Volkswirtschaft meßbar werden müßte. Das Statistische Bundesamt hält es für notwendig, daß bei den internationalen Diskussionen ebenso wie bei der weiteren Behandlung dieser Frage in der Bundesrepublik einmal klar herausgearbeitet wird, daß die Messung der Preise der für die Lebenshaltung in Betracht kommenden Güter und die Berechnung einer Preisindexziffer der Lebenshaltung nicht für alle Zwecke das wirkliche Ziel ist, sondern daß auch die Messung eines wechselnden Aufwandes zu konstanten Preisen das eigentliche Ziel sein kann, das man erreichen müßte. Auch auf diesem Gebiet ist u.E. ein Interesse der Bundesrepublik an den vorgesehenen methodischen Arbeiten gegeben.

B 3. Volkszählungen

Während der Konferenz ist von deutscher Seite darauf hingewiesen worden, daß ein einheitliches internationales Programm für den sogenannten Weltzensus 1960 nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn internationale Vorschläge zu diesem Programm so rechtzeitig vorliegen, daß sie bei der Ausarbeitung oder zumindest bei der Festlegung des Volkszählungsprogramms in den nationalen Volkszählungsgesetzen berücksichtigt werden können. Die Überlegungen in den zuständigen Fachausschüssen müßten also so frühzeitig einsetzen, daß wir auf der nächsten europäischen Statistikerkonferenz schon mit deutschen Anregungen aufwarten und damit möglicherweise auch in gewissem Umfange das Gesicht der internationalen Empfehlungen bestimmen könnten. Das Statistische Bundesamt erbittet Anregungen für die Gestaltung des Erhebungs- und Auswertungsprogramms 1960 von allen interessierten Stellen, insbesondere soweit sie bei der Auswertung der Volks- und Berufszählung 1950 Unzulänglichkeiten,

Lücken usw. oder auch Überflüssiges festgestellt haben. Im Statistischen Bundesamt sind schon verschiedene Überlegungen angestellt worden, z.B. über neuartige Feststellungen über den Wohnsitzwechsel zur Ergänzung der Wanderungsstatistik, über den Geburtenabstand zur Verbesserung der Fruchtbarkeitsstatistik. Vor allem aber glaubt das Statistische Bundesamt, darauf hinweisen zu müssen, daß das Programm der bisherigen Volkszählung zu stark auf die Feststellung natürlicher oder ziemlich unveränderlicher Merkmale der Einzelpersonen, z.B. Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit usw. eingestellt war. Diese Feststellungen konnten bereits dadurch ergänzt werden, daß die Erwerbstätigkeit und andere schneller veränderliche Merkmale des einzelnen Menschen und seine Stellung im Rahmen seines Haushaltes stärker in den Vordergrund gerückt wurden. Auf diesem Wege sollte fortgeschritten werden. Gedanken hierzu sind in einem Bericht für die Weltbevölkerungskonferenz niedergelegt worden, der in Abschrift diesem Bericht beiliegt. Das Ziel sollte eine bessere Darstellung der Zusammensetzung und Lebensbedingungen der Personengruppen sein. Die Volks- und Berufszählung bietet die wichtigste Gelegenheit, bei der (im Schema der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gesehen) die privaten Haushaltungen nach Größe und Zusammensetzung erfaßt werden können. Dabei müßte auch eine Reihe von wirtschaftlichen Tatbeständen oder Vorgängen, die an die Institution des privaten Haushalts geknüpft sind, mit erfaßt werden.

Es sind auch Bestrebungen im Gange, alsbald eine besondere internationale Arbeitsgruppe über die Anwendung des Stichprobenverfahrens bei der nächsten Volks- und Berufszählung für Zwecke der Probeerhebungen, der Nachkontrollen und der Ermittlung von Vorergebnissen usw. einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß zwischen Volkszählung und Mikrozensus nicht nur ein enger technischer Zusammenhang besteht, sondern daß auch beide im Frageprogramm aufeinander abgestimmt werden müssen, sei es, um für die repräsentativen Mikrozensus-Ergebnisse Kontrollzahlen und Hochrechnungsgrundlagen zu schaffen, sei es, um durch die Ausschöpfung der spezifischen Möglichkeiten jeder dieser beiden Erhebungen und durch Kombination ihrer Ergebnisse die bestmöglichen Aussagen zu erhalten.

C 1. Frage der Erhebungs- und Darstellungseinheit

In Zusammenhang mit den Input-Output-Studien und mit allen Problemen einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und eines statistischen Bildes des Wirtschaftskreislaufes im Produktionsbereich tritt die Frage auf, von welchen Erhebungseinheiten die Statistiken ausgehen müssen oder sollen, deren Ergebnisse in ein Gesamtbild eingefügt werden sollen. Die internationalen Vorschläge, die bisher vorliegen, gehen von verschiedenen Grundkonzeptionen aus, was u.a. zu dem Ergebnis führt, daß internationale Klassifikationen, die für die Gruppierungen von örtlichen Einheiten gemacht worden sind, nicht ohne weiteres für Statistiken verwendbar sind, bei denen Unternehmungen klassifiziert werden müssen.

In der Bundesrepublik ist dieses Problem der Erhebungseinheit in Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Industriestatistik u.E. bereits weitgehend dahin geklärt worden, daß als Grundlage für ein statistisches Bild der Marktwirtschaft und ihrer Verflechtungen die auf dem Markte auftretenden Unternehmungen verwendet werden müssen. Die marktwirtschaftlich relevanten Güter- und Geldströme vollziehen sich zwischen diesen Unternehmungen und nicht zwischen Einheiten, die für bestimmte statistische Sonderzwecke erhoben oder gedanklich konstruiert werden. Auf der anderen Seite kann es natürlich berechnete Ziele und Zwecke geben, bei denen nicht die Unternehmung, sondern eine anders geartete Einheit die zweckmäßigste Grundlage für die Statistik ist. Die deutsche Statistik arbeitet bisher in ihren verschiedenen Bereichen z.B. Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel, Verkehr, öffentliche Haushalte mit sehr verschiedenen Einheiten. Die Erörterung dieses Themas erscheint daher sowohl in der Bundesrepublik wie auch auf internationaler Ebene durchaus erwünscht.

Eine Diskussion der übrigen im Bericht der Konferenz genannten Programmpunkte von geringerer Bedeutung oder Dringlichkeit erscheint nicht notwendig.

b) Statistische Arbeiten der OEEC und in das Gebiet der Statistik hineinragende Projekte der Europäischen Produktivitätszentrale

Die statistischen Arbeiten, die im Rahmen der OEEC durchgeführt werden, sind trotz des Vorhandenseins eines Direktorates für Statistik und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen nicht leicht zu überschauen. Insbesondere wurden in einer Reihe von Fachkomitees ohne Beteiligung der statistischen Ämter Fragen der Warengruppierung für Produktions- und Außenhandelszwecke und offenbar sogar die Berechnung von Produktionsindizes behandelt. Es hat den Anschein, als ob auch das genannte Direktorat der OEEC selbst an diesen Arbeiten wenig oder gar nicht beteiligt ist.

Während das Direktorat für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen vor einigen Jahren auch in methodischen Fragen sehr aktiv gewesen ist (z.B. Diskussion und Ausarbeitung des "Standard-Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", Diskussion der Problematik, die sich aus der Berechnung des Sozialproduktes und Volkseinkommens zu konstanten Preisen ergibt), haben in letzter Zeit Diskussionen über statistisch methodische Fragen nicht mehr stattgefunden. Da das Standard-System jedoch die Grundlage für den OEEC-Bericht und infolgedessen für die Beiträge der einzelnen Länder zu diesem Bericht bedeutet, findet in Zusammenhang mit der Vorbereitung dieses Berichts, an dessen statistischem Teil das Bundesamt stark beteiligt ist, teils schriftlich, teils bei geeigneter Gelegenheit mündlich eine ständige Diskussion von Einzelfragen statt. Es handelt sich dabei meist um die Anpassung der deutschen Berechnung an das Standard-System oder um Auslegungen und Ergänzungen des nicht in allen Punkten völlig klaren und eindeutigen Standard-Systems. Auch der Versuch der OEEC, vergleichbare Sozialproduktsberechnungen für die einzelnen Länder jährlich zu veröffentlichen, führt zu Diskussionen mit dem gleichen Ziel.

Das Statistische Bundesamt war an den Vorarbeiten zu dem unter den Namen von Gilbert und Kravis erschienenen Realvergleich des Sozialproduktes einiger wichtiger europäischer Länder mit den USA beteiligt. Auch diese Zusammenarbeit hat zu wertvollen Erkenntnissen in Fragen des internationalen

Preis- und Kaufkraftvergleiches geführt.

Das Statistische Bundesamt hat ferner an den Arbeiten einer Studiengruppe der OEEC über die Bevölkerungsentwicklung mitgearbeitet. Die vom Amt veröffentlichten Vorausberechnungen über die zukünftige Bevölkerung sind im Rahmen dieser Arbeiten angefertigt worden.

Recht unübersichtlich bleiben auch die statistischen Arbeiten, die von der zur OEEC gehörenden Europäischen Produktivitätszentrale durchgeführt oder gefördert werden. Hier ist eine schier unüberschbare Fülle von Einzelprojekten in Arbeit, bei denen häufig das Problem der statistischen Fundierung eine Rolle spielt. In wechselnden Zeitabständen ist auch ein Ausschuß sogenannter Produktivitätsstatistiker zusammengerufen worden, denen dann diejenigen Projekte vorgelegt wurden, bei denen die Statistik eine sehr erhebliche Rolle spielte. Das Statistische Bundesamt hat sich in diesen Diskussionen stets darum bemüht, daß die Europäische Produktivitätszentrale nur Wünsche an die Statistik formuliert, sich aber nicht selbst mit der Ausarbeitung von Vorschlägen über statistische Methoden befaßt. In Zusammenhang mit der Rationalisierung des Verteilungsapparates sind z.B. statistische Bedürfnisse in großer Zahl aufgetaucht, die dazu geführt haben, daß man einen sogenannten "distribution-census", laufende Umsatzstatistiken usw., usw. auch auf dem Wege einer Entschließung des Ministerrats der OEEC gefordert hat. Hier ist von deutscher Seite mit Unterstützung der Vertreter anderer statistischer Ämter stets darauf gedrungen worden, daß die Diskussion über die Methoden einer Betriebszählung nicht in Ausschüsse der Produktivitätszentrale gehört, an denen die amtliche Statistik, die praktisch in den meisten Ländern diese Statistiken dann durchzuführen hätte, nicht beteiligt ist.

Das Problem der Messung der sogenannten Produktivität steht selbstverständlich immer im Mittelpunkt aller statistischen Bemühungen der Produktivitätszentrale. Ein Handbuch (in 3 Bänden) zur Frage der Produktivitätsstatistik ist in Vorbereitung. Der erste Band wird allgemeine und grundsätzliche

Probleme behandeln, der zweite den Betriebsvergleichen (sog. direkte Messungen) gewidmet sein, und der dritte wird einen Überblick über die vorhandenen Produktivitätsstatistiken (sog. indirekte Messungen) bringen.

Nachdem man mit allgemeinen Diskussionen, bei denen unseres Wissens der in "Wirtschaft und Statistik" erschienene Beitrag: "Die amtliche Statistik im Dienste der Produktivitätsmessung" nicht unerheblich zur Klärung beigetragen hat, praktisch nicht recht weitergekommen ist, hat man das Problem der Produktivitätsmessung für ganz bestimmte industrielle Bereiche, z.B. für die Schuhindustrie, angepackt. Als Unterlagen hierfür werden in erster Linie Betriebsvergleiche gebraucht und keine allgemeinen statistischen Erhebungen.

c) Beteiligung an den Statistischen Arbeiten der Montan-Union

Die statistischen Arbeiten der Montan-Union haben zu einer erheblichen Arbeitsbelastung des Statistischen Bundesamtes geführt, da zunächst einmal auf allen Gebieten die methodischen Grundlagen der von der Hohen Behörde durchzuführenden Statistiken diskutiert und festgelegt werden mußten. Die Tatsache, daß die Montan-Union einen Teilbereich der nationalen Volkswirtschaften statistisch durchleuchten muß, schafft eine Fülle von Problemen. Es besteht ständig die Gefahr, daß die Regelung der Beschäftigungs- und Produktionsstatistik, der Lohnstatistik, der Preisstatistik usw. für den Bereich der Montan-Union zu anderen Lösungen kommt (und bei der Unvergleichbarkeit der Statistiken der 6 Montan-Union-Länder auch zu anderen Lösungen kommen muß), als die deutsche Statistik. Es besteht ferner die Gefahr, daß durch Sonderregelungen im Montan-Bereich Lücken im Gesamtbild der deutschen Statistik entstehen. Da sich die amtliche deutsche Statistik und überhaupt die nationalen Statistiken aber aus Gründen des Vergleichs zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen der eigenen Volkswirtschaft nicht damit abfinden können, daß die Kohle-, Eisen- und Stahlstatistik mit anderen Definitionen arbeitet als die übrigen Bereiche, wären Doppelbefragungen unvermeidbar. Das Amt hat sich im Interesse einer einheitlichen deutschen Statistik und auch im Interesse der befragten Firmen bemüht, solche Doppelbefragungen auf ein Mindestmaß zu redu-

zieren, was selbstverständlich am ehesten möglich ist, wenn die Statistiken der Montan-Union und die in ihnen verwendeten Begriffe mit denen der deutschen Statistik übereinstimmen. In zahlreichen Fällen, aber nicht in allen, konnte eine solche Übereinstimmung erreicht werden, besonders dann, wenn die deutsche Statistik - was aus bekannten Gründen auf dem Gebiete der Montan-Statistik besonders der Fall war - methodisch so gut entwickelt war, daß sie als Vorbild für die Montan-Union-Statistiken dienen konnte.

Die methodischen Diskussionen im Rahmen der kleinen Zahl der Montan-Union-Länder und der Zwang, unter dem die Hohe Behörde steht, zu addierbaren Ergebnissen für die Union zu kommen, sowie ihre rechtlichen Befugnisse, das für richtig und zweckmäßig Erkannte auch durchsetzen zu können, haben zu sehr energischen Fortschritten auf dem Gebiet der internationalen Vergleichbarkeit geführt. Die in diesen Diskussionen gewonnenen Erkenntnisse können auch der deutschen Statistik wieder nutzbar gemacht werden.

Durch die intensive Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes und anderer deutscher Sachverständiger in den Ausschüssen der Montan-Union, die äußerlich in zahlreichen Dienstreisen nach Luxemburg zum Ausdruck kommt, konnte erreicht werden, daß in vielen Fällen eine unmittelbare Befragung der Betriebe durch die Montan-Union, zu der sie rechtlich in der Lage ist, unterblieb, und daß wesentliche Änderungen im Aufbau der deutschen Statistik vermieden werden.

1. Produktions- und Beschäftigtenstatistik

In zahlreichen Ausschußsitzungen hat eine Reihe von Erhebungsformularen zur Produktions- und Beschäftigtenstatistik ihre endgültige Fassung erhalten, nach denen die der Montan-Union angehörenden Länder ihre Meldungen zu erstatten haben. Neben Produktionsergebnissen der Mitgliedsländer erhält die Hohe Behörde für einige besonders wichtige Erzeugnisse auch Aufstellungen mit Einzelangaben von Betrieben, die jedoch von der Hohen Behörde nicht veröffentlicht werden.

2. Lohnstatistik

Die Hohe Behörde hat bei Kohle, Eisenerzbergbau und Eisen- und Stahlerzeugung jährliche Statistiken über die Aufwendungen für die Arbeit (Arbeitskosten) und über die Arbeitseinkommen eingerichtet. Sie hat ausserdem vierteljährliche Erhebungen eingeführt. Ergänzt werden diese Statistiken durch gelegentliche Untersuchungen über die Lohnstruktur, worunter Erhebungen über die Verdienste und die Abzüge verschiedener typischer Arbeitergruppen zu verstehen sind.

Die lohnstatistischen Vorhaben der Hohen Behörde sind ein Störungsfaktor für die deutsche Lohnstatistik, weil sie sich nicht mit unseren deutschen Erhebungen zusammenbringen lassen. Es blieb daher auf diesem Gebiet kein anderer Ausweg, als neben den statistischen Arbeiten für nationale Zwecke noch solche für internationale Zwecke durchzuführen.

Eine weitere Schwierigkeit bei den Arbeiten in Luxemburg entstand dadurch, daß die vertretenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen oft in der Lage sind, von sich aus statistische Arbeiten zu übernehmen, weil sie mittels ihrer Organisation die Möglichkeit zur Erhebung und Aufbereitung haben. Auch hier entsteht für die nationale Statistik insofern ein Problem, als verschiedenartige Zahlen von verschiedenen Stellen über das gleiche Sachgebiet aber nach unterschiedlichen Definitionen erstellt werden, wodurch sich die Ergebnisse dann scheinbar widersprechen.

3. Reallohnvergleich und Wirtschaftsrechnungen

Nach der Erhebung der Nominallöhne hat die Hohe Behörde es nun unternommen, Vergleiche der Reallöhne und der Lebenshaltung in den Mitgliedsländern vorzunehmen. Es sind zwei verschiedene Methoden vorgesehen, nämlich

- a) die Berechnung von Verbrauchergeldparitäten, mit deren Hilfe die Nominalverdienste der Arbeiter auf vergleichbare Kaufkraft umgerechnet werden sollen,
- b) Wirtschaftsrechnungserhebungen bei Bergleuten und Eisen- und Stahlarbeitern.

Bei der Berechnung von Verbrauchergeldparitäten werden von den Angestellten der Hohen Behörde in einer beschränkten Zahl von Städten jedes Staates Preiserhebungen für rund 150 Waren und Leistungen unter dem Gesichtspunkt gleicher Qualitäten durchgeführt. Daraus werden mit Hilfe von behelfsmäßigen Mengenschemata nach der Methode des gegenseitigen Budgetvergleichs durchschnittliche Preisrelationen für jedes Länderpaar berechnet. Die Erhebungen in Deutschland werden in sieben Städten des Ruhrgebietes vorgenommen.

Hinsichtlich der Wirtschaftsrechnungen ist vorgesehen, für 4-Personen-Arbeiterhaushaltungen bestimmter Einkommensgruppen mit einem Verdienner, der im Bergbau oder in der Eisen- und Stahlerzeugung tätig ist, in fünf deutschen Revieren Erhebungen bei rund 300 Haushaltungen durchzuführen. Die Erhebungen werden etwa Mitte 1955 beginnen, Einzelheiten über die Verfahren und die Organisation sind noch nicht bekannt. Die Wirtschaftsrechnungen sollen - im Gegensatz zu dem Reallohnvergleich nach der Methode a) - die Unterschiede in der Verwendung der Einkommen für ungefähr gleiche Realeinkommensschichten in den sechs Ländern der Union zeigen.

4. Statistische Untermauerung der Konjunkturdiagnose der Europäischen Gemeinschaft

Auf mehreren Tagungen in Luxemburg wurde ein Schema ausgearbeitet, das der Hohen Behörde als Grundlage dienen soll, in Zusammenarbeit mit den Ländern "regelmäßig und gemeinsam die Konjunkturlage zu prüfen und zu verfolgen" (Beschluß des Ministerrats). Das Statistische Bundesamt lieferte ein Verzeichnis der für diesen Zweck gewünschten deutschen Statistiken.

5. Transportstatistiken

Für die Länder der Montan-Union sollen - gegliedert nach Verkehrsträgern - für die unter den Vertrag fallenden Güter laufend Versand- und Empfangsstatistiken für jedes der Gemeinschaftsländer, für das gesamte Gebiet

der Gemeinschaft und für den Verkehr des Gebietes der Gemeinschaft mit der übrigen Welt aufgestellt werden. Außerdem soll nach dem Muster der deutschen Güterbewegungsstatistiken jährlich eine nach Verkehrsträgern und den Gütern der Gemeinschaft gegliederte Güterbewegungsstatistik aufgestellt werden. Hierbei ist es besonders bemerkenswert, daß das Gebiet der Gemeinschaft als geschlossener Wirtschaftsraum zu behandeln ist und daß dieser in allen seinen Teilen in Verkehrsbezirke aufgeteilt werden soll. Diese Verkehrsbezirke sollen zwischen Erzeugungsgebieten und Verbrauchsgebieten unterscheiden. Außerdem sollen wichtige Umladeorte (in Deutschland die großen Küstenhäfen, sowie Duisburg-Ruhrort und Mannheim-Ludwigshafen) gesondert nachgewiesen werden.

- d) Beteiligung an den Arbeiten der Internationalen Handelskammer
Das Statistische Bundesamt nimmt seit nunmehr 3 Jahren regelmäßig an den ein bis zweimal im Jahr stattfindenden Sitzungen des Unterausschusses für Absatzstatistiken der Internationalen Handelskammer teil, der sich bereits seit etwa 1927 mit Absatzstatistiken befasst. Es sind umfangreiche Veröffentlichungen sowohl über Fragen des Großhandels und des Einzelhandels als auch über Probleme des Industrieabsatzes herausgebracht worden. Die deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer hat seit 1951 den Abt.-Leiter für Handels- und Verkehrsstatistik als deutschen Experten für die Mitarbeit in dem absatzstatistischen Ausschuss herangezogen.

Zur Zeit laufen auf dem Gebiet der Absatzstatistik bei der Internationalen Handelskammer folgende Untersuchungen:

1. Methoden eines Absatz- und Handelszensus und seine Notwendigkeit
2. Untersuchung über die internationale Vergleichbarkeit von Statistiken auf dem Gebiet der Verteilung
3. Vergleich der Methoden von Repräsentativ- und Teilstatistiken über die Kosten in Großhandel und Einzelhandel in den verschiedenen Nationen.

In den Ausschusssitzungen ist die Problematik der gestellten Themen untersucht, sind Fragebogen entwickelt und auch vorläufige Ergebnisse diskutiert worden.

Nachdem gelegentlich der Gründung der ständigen Konferenz Europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf durch die Vertreter der Statistischen Ämter die Untersuchung ähnlicher Themen in Aussicht genommen worden ist, sind Besprechungen zur Koordinierung der Arbeiten der IHK und ECE aufgenommen worden.

e) Beteiligung an den Arbeiten der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR)

Die Rheinschifffahrtsstatistik, deren Ergebnisse in Jahresberichten regelmäßig veröffentlicht werden, beschränkte sich vor dem Kriege fast ausschließlich auf die Angaben über den Schiffs- und Güterverkehr in den wichtigeren Rheinhäfen, an den Grenzübergängen und Schleusen, die von den in Frage kommenden Hafenverwaltungen usw. unmittelbar dem Sekretariat der ZKR gemeldet und dort in geeigneter Form zusammengestellt worden sind. Seit der Wiederaufnahme der Rheinschifffahrtsstatistik nach dem Kriege werden die erforderlichen Angaben nicht mehr unmittelbar von den Hafenverwaltungen usw., sondern von den amtlichen statistischen Stellen erfragt. Auf diese Weise wurde es möglich, auch Angaben über die Beförderungsmengen und -leistungen auf dem gesamten Rhein zusammenzustellen. Dem Statistischen Bundesamt fällt dabei die Aufgabe zu, die deutschen Zahlenunterlagen zu liefern und zusammen mit den statistischen Sachverständigen aus den übrigen Rheinuferstaaten methodische Fragen zur Rheinschifffahrtsstatistik zu klären.

Da die weitaus größte Strecke des Rheins durch deutsches Gebiet verläuft, und somit der überwiegende Teil der für die Rheinschifffahrtsstatistik benötigten Angaben nur aus deutschen Unterlagen gewonnen werden kann, führt das Statistische Bundesamt außer den laufenden Arbeiten für die Jahresberichterstattung von Zeit zu Zeit Sonderaufgaben zur Ermittlung allgemein interessierender Zahlen durch. Auch bei der Neubearbeitung der für die Rheinschifffahrt gültigen Güter-

systematik ist das Statistische Bundesamt maßgeblich beteiligt.

f) Beteiligung an den Arbeiten sonstiger internationaler Organisationen

1. E C E

Auf die Tagung der Europäischen Statistiker bei der ECE ist in diesem Bericht bereits in anderem Zusammenhang eingegangen worden. Im vergangenen Jahr tagten in Genf die Sachverständigen einer Reihe der bei der ECE eingerichteten ständigen Ausschüsse. Das Statistische Bundesamt nahm an den Diskussionen über die Statistik der Bautätigkeit und des Wohnungswesens, der Verkehrsstatistik, der Stahlstatistik teil und ließ seine Interessen auf dem Gebiet der Kohlestatistik durch ein Mitglied der früheren deutschen Kohlenbergbauleitung in Essen vertreten.

Besonders umfangreich waren die Arbeiten auf dem Gebiet der Verkehrsstatistik. Hier wurden allgemeine Begriffsbestimmungen für die Verkehrsstatistik, die Fragebogen für die Binnenverkehrsstatistik, die Güterbewegung im internationalen Verkehr sowie ein einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, die Verkehrszählungen auf den internationalen Hauptverkehrsstraßen und Repräsentativ-Erhebungen über den Straßengüterverkehr im Inland besprochen. Das Statistische Bundesamt übersandte eine Stellungnahme zum Fragebogen für die vierteljährliche und jährliche Berichterstattung über den Verkehr an die ECE und lieferte das deutsche Material über die Güterbewegung im internationalen Verkehr.

Auf dem Gebiet der Kohlestatistik stand die Vereinheitlichung der Statistik des Kohleverbrauchs und der Kohlenbestände bei Kohleverbrauchern sowie die Kohlepreisstatistik (Index der Erzeugerpreise für Steinkohle) und die Veröffentlichung von Statistiken durch die ECE über die Erzeugung von Elektrizität aus Wasserkraft, von Erdgas und Erdölprodukten im Mittelpunkt unseres Interesses.

Die Arbeitsgruppe "Statistik der Bautätigkeit und des Wohnungswesens" beschäftigte sich mit der Ausgestaltung

ihrer Vierteljahresveröffentlichungen, mit Berechnungsmethoden für einen einheitlichen Baukostenindex und einen Index der Bautätigkeit sowie mit einheitlichen Begriffsbestimmungen für die Bau- und Wohnungsstatistik.

Die Statistik des Stahlverbrauchs und der Bestände an Stahl ist Gegenstand der im November 1954 stattfindenden Tagung des ECE-Stahlausschusses.

2. Statistisches Amt der UN

Neben den regelmäßigen Zahlenlieferungen an die UN (für Monthly Bulletin; Statistical Yearbook; Demographic Yearbook; jährliche Berichterstattung über in der Bundesrepublik durchgeführte Repräsentativ-Erhebungen und lfd. Lieferungen von Lochkarten und Hollerith-Tabellen für die Zusammenstellung der Außenhandelszahlen nach der SITC-Systematik) und damit im Zusammenhang stehenden Rückfragen über spezielle statistisch-methodische Probleme hat das Statistische Bundesamt zu Sonderveröffentlichungen der UN über statistische Methoden Stellung genommen (im vergangenen Jahr z.B. zu den Veröffentlichungen über "A System of National Accounts and Supporting Tables", "Industrial Censuses and Related Enquiries" oder zu dem das Monthly Bulletin of Statistics ergänzenden Methodenband: "Definitions and Explanatory Notes"). Ein ausgedehnter Schriftwechsel ergab sich auch in grundlegenden Methodenfragen bei der Außenhandelsstatistik und bei der Vorbereitung einer UN-Veröffentlichung über die Wanderungsstatistik. Ein enger Kontakt mit der UN entstand schließlich auch aus der Mitarbeit an bevölkerungswissenschaftlichen Studien der Population Division der UN und aus der Teilnahme an der bevölkerungsstatistischen und bevölkerungswissenschaftlichen Problemen dienenden Weltbevölkerungskonferenz in Rom im September 1954, zu deren Organisatoren u.a. auch der Abteilungsleiter für Bevölkerungs- und Kulturstatistik berufen worden war.

3. I L O

Neben den regelmäßigen Zahlenlieferungen für "International Labour Review" und "International Yearbook of Labour

Statistics" der ILO leistete das Statistische Bundesamt Beiträge für die in Vorbereitung befindliche statistisch-methodische Veröffentlichung der ILO über die Statistik der Erwerbstätigkeit und der Löhne und Verbraucherpreise. An der 8. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker, die u.a. über Statistik der Löhne und Arbeitsstunden, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie über die Berufssystematik und Reallohnvergleiche, im November/Dezember 1954 verhandeln wird, werden auch Vertreter des Statistischen Bundesamtes teilnehmen.

4. F A O

Das Statistische Bundesamt liefert die auf Grund eines Fragebogens der FAO gewünschte Zusammenstellung von Angaben über den Außenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach dem internationalen Warenverzeichnis (SITC). An neuen Vorhaben, die das Aufgabengebiet des Bundesamtes betreffen, sind die Arbeiten in Genf über Produktion und Ausgaben in der Landwirtschaft (d.h. eine Art Sektorenstudie im Rahmen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) zu nennen.

5. W H O

Für die statistischen Arbeiten der WHO liefert das Statistische Bundesamt Unterlagen (z.B. für Todesursachenstatistik, meldepflichtige Krankheiten, Krankenanstaltsstatistik).

Gegenwärtig wird das internationale Todesursachenverzeichnis in der Fassung von 1948, von der das Statistische Bundesamt eine deutsche Ausgabe veröffentlichte, überprüft. Ein Vertreter der WHO (Mr. Logan) hat zu diesem Zweck Anfang November 1954 das Statistische Bundesamt aufgesucht, um die deutsche Stellungnahme sowie vor allem die bei der praktischen Arbeit gesammelten Erfahrungen kennenzulernen. Dabei haben auch die Erfahrungen mit dem neuen Leichenschauschein in Hessen und die dort durchgeführten Probezählungen besonderes Interesse gefunden.

6. U N E S C O

Die laufende Zusammenarbeit durch die Ausfüllung von statistischen Fragebogen über Erziehung, Buchproduktion, Lehrerbildungsanstalten und allgemeine Schulstatistik und ihre Erläuterung wird durch besondere Arbeiten, wie die Lieferung von Unterlagen zum UNESCO-Projekt 225 "Gemeindetypisierung" ergänzt. Neuerdings zieht die deutsche UNESCO-Kommission in Köln das Statistische Bundesamt zu den Arbeiten für die internationale Abstimmung der Terminologie und Begriffsbildung auf dem Gebiet der Kulturstatistik wie auf dem Gebiet des Kulturwesens ganz allgemein heran.

7. Europarat

Vom Europarat ist ein Statistisches Handbuch ("Handbook of European Statistics 1954") im Entwurf dem Statistischen Bundesamt zur Stellungnahme vorgelegt worden.

IV. Form und Inhalt der Amtsveröffentlichungen

Der Plan und Aufbau der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes darf als bekannt vorausgesetzt werden. Eine Übersicht über die vom Bundesamt herausgegebenen Reihen ist im Quellennachweis des "Statistischen Jahrbuchs 1954" Seite XXII und XXIII gegeben.

Das Statistische Bundesamt hat selbst einige Zweifel, ob die Form der "Statistischen Berichte", die im Interesse einer schnellen und billigen Unterrichtung der Interessenten geschaffen worden sind, alle Anforderungen erfüllen, die man vom bibliothekarischen und archivarischem Standpunkt an statistische Veröffentlichungen stellt. Die Tendenz des Amtes geht dahin, einige Standardreihen der "Statistischen Berichte", die sich mit der Zeit heraus entwickelt haben, in den Rang besonderer Veröffentlichungsreihen zu erheben, wie sie bisher für den Außenhandel und für die Industrie

erscheinen. Am sachlichen Inhalt würde sich dadurch nichts ändern. Jedoch würde auf einem besonderen farbigen Kartonumschlag der Inhalt der Reihe und nicht die Tatsache, daß es sich um einen Teil der allgemeinen "Statistischen Berichte" des Amtes handelt, stärker zum Ausdruck kommen.

Das Bundesamt wäre insbesondere für Anregungen dankbar, in welcher Weise das bishorige Veröffentlichungsprogramm ohne allzu großen Schaden für die Benutzer gekürzt werden könnte. Die Abstriche, die im Veröffentlichungshaushalt des Statistischen Bundesamtes gemacht worden sind, werden das Amt voraussichtlich im Laufe des Jahres 1955 zwingen, das bisherige Veröffentlichungsprogramm einzuschränken.

B. Berichte der Abteilungen über einzelne Probleme ihres Arbeitsgebietes

Zur Zeit der Niederschrift dieser Besprechungsunterlage sind die Überlegungen zu einigen Vorhaben noch stark im Fluss, so dass die Darstellung des augenblicklichen Standes der Vorbereitungen auf der Beiratstagung ggf. noch durch mündliche Erläuterungen ergänzt oder revidiert werden muss.

I. Allgemeine Organisation der Statistik

a) Stand der Rechtsgrundlagen zur Anordnung von Statistiken

Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, entsprachen die Rechtsgrundlagen der beim Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes vom 25.9.1953 laufenden Statistiken des Bundes und des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nicht den Vorschriften des Abschnittes III StatGes; sei es, dass die Anordnung nicht von der Bundesregierung erging oder die zu erfassenden Tatbestände und der Kreis der Befragten nicht angegeben waren. Nach § 16 Abs.1 StatGes können laufende Bundesstatistiken, deren "Anordnung" nicht den Vorschriften des Abschnittes III StatGes entsprechen, nur noch bis 25.9.1955 durchgeführt werden, wenn nicht bis dahin für sie neue Rechtsgrundlagen geschaffen sind. Es war daher erforderlich, für fast alle bisherigen Bundesstatistiken umgehend neue Rechtsgrundlagen zu schaffen. Ferner müssen Rechtsgrundlagen erstellt werden für neue Bundesstatistiken.

Die am Schlusse des Berichtes beigeheftete Übersicht gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand der in Vorbereitung befindlichen oder erstellten Rechtsgrundlagen für Bundesstatistiken. Das Statistische Bundesamt hat in Erfüllung seiner Aufgaben an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Bundesstatistik mitzuwirken (s. § 2 Nr. 6 StatGes), den zuständigen Bundesressorts bereits Vorschläge für die entsprechenden Gesetze und Verordnungen eingereicht

oder sich zu den von den Ressorts erstellten Entwürfen ge-
äussert. Nur noch einige wenige Entwürfe befinden sich, wie
sich aus den Übersichten ergibt, im ersten Vorbereitungsstadium.
Die Masse der Entwürfe der Rechtsgrundlagen liegt bereits den
Bundesministerien vor, bedarf zum Teil aber noch der abschlies-
senden Behandlung in den verschiedensten Gremien. Der Teil
der bereits verkündeten und der den gesetzgebenden Körperschaf-
ten vorliegenden Entwürfe ist noch verhältnismässig gering. Es
ist jedoch damit zu rechnen, dass in den nächsten Monaten eine
grössere Zahl von Rechtsgrundlagen durchberaten sein wird, die
den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden können.

b) Zeitplan über den Ablauf der grossen Erhebungen bis etwa 1962

Auf Anregung der Statistischen Landesämter ist versucht worden,
einen Überblick über die in der Zeit von 1955 bis 1962 geplan-
ten grösseren statistischen Vorhaben zu geben. Es liegt im ge-
meinsamen Interesse aller Stellen, eine zu starke Häufung von
Erhebungen zu vermeiden, um so zu einer zeitlich zweckmässigen
Arbeits-, Personal- und Kostenverteilung zu gelangen. In den
Fällen, in denen sich ein Zusammentreffen mehrerer Erhebungen
in kürzeren Zeiträumen nicht vermeiden lässt, sollte durch die-
se Vorschau wenigstens erkennbar werden, wie die einzelnen Er-
hebungen mit ihren Arbeitsgängen ineinandergreifen und dement-
sprechend der Ablauf der Arbeit am besten zu gestalten wäre.

Bei einer solchen langfristigen Vorschau ist naturgemäss mit
einer Reihe von beträchtlichen Unsicherheitsfaktoren zu rechnen,
die eine genaue zeitliche Festlegung nicht in allen Fällen zu-
lassen. Sie ergeben sich einmal aus den Anforderungen und Ent-
scheidungen der Ressorts, zum anderen aus der mit der recht-
lichen Vorbereitung der Vorhaben verbundenen Prozedur in den
verschiedenen Ausschüssen und gesetzgebenden Körperschaften
(vgl. hierzu auch im Allgemeinen Teil dieses Berichtes den
Abschnitt I, S.lff.). Unter Berücksichtigung dieser Einschränkun-
gen heben sich jedoch bereits ziemlich deutlich aus dem gesam-
ten Zeitraum von 1955 bis 1962 zwei grössere Zeitabschnitte her-
aus, in denen wahrscheinlich mit grossen Vorhaben zu rechnen
ist. Der erste Abschnitt umfasst die Zeit von 1955 bis 1957,

der zweite etwa die Jahre 1959 bis 1962.

Die erste Periode ist - in zeitlicher Abfolge - gekennzeichnet durch die Durchführung

der Umsatzsteuerstatistik 1954,

der Lohnsteuerstatistik 1954,

der Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1954,

der Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik,

der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1955
in verschiedenen Bereichen,

der Handwerkszählung 1955 und

der Wohnungsstatistik 1955.

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist als repräsentative Statistik, die Wohnungsstatistik zur Zeit als Vollerhebung mit zusätzlichen repräsentativen Teilerhebungen vorgesehen.

Mit dem Beginn der Arbeiten an

der Umsatzsteuerstatistik ist etwa ab Mitte März 1955,

der Lohnsteuerstatistik wahrscheinlich ab Oktober 1955,

der Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik ab
Oktober 1955 und

der Einkommensteuerstatistik wahrscheinlich ab Januar 1956 zu rechnen. Der Umfang der Arbeiten für die Umsatzsteuer-, Lohnsteuer- und Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik ist bei der erstmaligen Durchführung grösser, als er bei der dann jährlich vorgesehenen Wiederholung zu erwarten ist.

Von den Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen wird die in der gewerblichen Wirtschaft voraussichtlich den grössten Personalbedarf erfordern und bei einer für den November 1955 vorgesehenen Erhebung in ihrer Bearbeitung bis in das Jahr 1957 hineinreichen. Der Termin der Wohnungsstatistik 1955 liegt noch nicht fest, dürfte aber wahrscheinlich in das Rechnungsjahr 1955/56 fallen, so dass die Bearbeitung sich noch bis in das Rechnungsjahr 1957/58 erstreckt.

Die Durchführung einer Handwerkszählung ist bisher für den Herbst 1955 oder für das Frühjahr 1956 vorgemerkt. Unter Berücksichtigung dieser Termine dürften die letzten Arbeiten ebenfalls in das Rechnungsjahr 1957/58 fallen.

Für das Jahr 1960 ist wieder mit Empfehlungen der internationalen Organisationen zur Durchführung eines grossen Zählungswerkes zu rechnen. Nähere Einzelheiten des Programms sind noch nicht bekannt, jedoch erscheint es zweckmässig, etwa den Umfang des Zählungswerkes 1950 anzunehmen. (Vgl. hierzu im Allgemeinen Teil B 3, S.16) Damit werden auch Überlegungen hinsichtlich des zweckmässigsten Termins für eine Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe notwendig, wobei die Dringlichkeit einer solchen Zählung auch in Zusammenhang mit dem zur Zeit im Bundestag diskutierten "Paritätsgesetz" gesehen werden muss. Sieht man hiervon zunächst einmal ab, so ergibt sich die Möglichkeit, sie aus arbeitstechnischen Gründen entweder in die etwas ruhigere Zeitspanne zwischen 1957 und 1960, d.h. etwa das Rechnungsjahr 1958/59 zu verlegen oder aber sie aus erhebungstechnischen Gründen in Verbindung mit der Zählung 1960 stattfinden zu lassen. Sollte die LBZ zu dem früheren Zeitpunkt durchgeführt werden, so würden die Aufbereitungsarbeiten in den Statistischen Landesämtern wahrscheinlich zu dem Zeitpunkt auslaufen, an dem die Bearbeitung des Zählungswerkes 1960 beginnt. Dies hätte den Vorteil, dass bereits eingearbeitetes Personal zur Verfügung stünde. Unter Zugrundelegung des Programms von 1950 würde mit dem Auslaufen der Arbeiten für die Zählung 1960 in den Statistischen Landesämtern etwa gegen Ende des Rechnungsjahres 1962/63 zu rechnen sein.

Zu einzelnen hier genannten Vorhaben darf auf die folgenden Berichte der Fachabteilungen verwiesen werden. Das Statistische Bundesamt wird, sobald sich die Vorstellungen über die neuen Vorhaben noch mehr konkretisiert haben, über den voraussichtlichen Ablauf der Arbeiten evtl. unter Vorlage besonderer Übersichten berichten.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

a) Stand der Umstellung der Sozialproduktsberechnung auf Nachkriegsstatistiken

Die bisherige Sozialproduktsberechnung beruhte zum Teil noch auf der Fortschreibung von Vorkriegsdaten. Dies trifft insbesondere für die ganze Entstehungsseite, aber auch für einige

Posten auf der Verwendungsseite zu. Durch den Anfall neuen statistischen Materials, vor allem aus der Umsatzsteuerveranlagungsstatistik und der Kostenstrukturerhebung 1950, ist es nunmehr möglich, die Sozialproduktsberechnung von der Vorkriegsbasis zu lösen. Zugleich können bei anderen Posten bisher verwendete statistische Daten aus der Nachkriegszeit durch neuere und bessere Zahlen ersetzt werden. Über den Stand der Umstellungsarbeiten wird nachfolgend kurz berichtet. Bei der Umstellung werden zugleich einige zum Teil seit längerer Zeit als notwendig erkannte methodologische Änderungen (Änderungen in den Begriffen, in der Gliederung, in der Abgrenzung der einzelnen Positionen usw.) vorgenommen. Ferner wird versucht, die Lücken in der Verteilungsrechnung zu füllen.

1. Entstehung des Sozialprodukts

Der grösste Teil der Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung 1950 ist für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verarbeitet worden bzw. wird noch verarbeitet.

Bisher wurden für das Handwerk und den Einzelhandel die Strukturdaten zur Berechnung der Wertschöpfung veröffentlicht. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass nach erfolgter Neuberechnung sämtlicher Bereiche noch einige Bereinigungen vorzunehmen sind, wie z.B. Umstellung der Abschreibungen auf Wiederbeschaffungspreise und die Aufteilung der Differenz zwischen den Ertrags- und Aufwandszinsen der Banken. Für den Grosshandel, Gaststätten und Hotels, das Verlagsgewerbe und den Strassenverkehr werden in absehbarer Zeit die Strukturquoten in ähnlicher Form veröffentlicht werden.

Die Umstellung derjenigen Wirtschaftsbereiche, für die keine Unterlagen aus der Kostenstrukturerhebung anfallen, ist ebenfalls im Gange. Die Ergebnisse für die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei wurden bereits veröffentlicht. Die Berechnung der Wertschöpfung der anderen Bereiche ist zum Teil ebenfalls fertig oder steht dicht vor der Vollendung.

Zusammenfassend ist damit zu rechnen, dass die Berechnung der Nachkriegsbasis 1950 Anfang nächsten Jahres abgeschlossen werden kann. Auch dann werden aber die Ergebnisse einiger weniger Bereiche noch als vorläufig anzusehen sein, da für diese die Ergebnisse ähnlicher Erhebungen, wie der Kostenstrukturerhebung, erst später anfallen (z.B. Wohnungsnutzung).

Nach Beendigung der Berechnung für die Nachkriegsbasis wird sofort die Fortschreibung für die folgenden Jahre in Angriff genommen. Es ist vorgesehen, zunächst nur Jahresergebnisse zu erstellen. Eine Aufteilung auf kürzere Zeiträume soll dann erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

2. Einkommensverteilung

Die Berechnung des Einkommens aus unselbständiger Arbeit wurde abgeschlossen und in "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht. Die Berechnung der Einkommensübertragungen ist im Gange, die Ergebnisse werden Ende des Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres veröffentlicht. Die dann noch fehlenden Positionen der Verteilungsrechnung, wie die unverteilter Gewinne der Kapitalgesellschaften, das Besitz- und Unternehmereinkommen des Staates usw. sind ebenfalls in Bearbeitung.

Die Berechnung der Basis 1950 wird annähernd zum gleichen Zeitpunkt abgeschlossen werden wie diejenige der Entstehungsrechnung.

3. Verwendung des Sozialprodukts

a) Privater Verbrauch

Die Auswertung der Umsatzsteuerveranlagung und der Kostenstrukturerhebung für die private Verbrauchsrechnung ist für Einzelhandel und Handwerk abgeschlossen. Beim Handwerk wurde auch die Arbeitsstättenzählung verwendet. Für die Umsätze des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes an die privaten Haushalte liegt eine vorläufige Schätzung vor. Sie muss noch überprüft werden, da die Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung zum Teil nicht mit den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik übereinstimmen.

Die Schätzung des Anteils der privaten Haushalte am Grosshandelsabsatz kann erst abgeschlossen werden, wenn weitere

Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung zur Verfügung stehen. Eine Schätzung der Direktverkäufe der Landwirtschaft (zum Teil nach Angaben des Ernährungsministeriums) ist vorhanden, ebenso Zahlen über den Absatz der Industrie an Haushaltungen.

Die Ausgaben für Verkehr, Wohnung und Heizung und Beleuchtung werden nach den bisherigen Unterlagen (Nachkriegsdaten) und Methoden weitergeschätzt.

Die für die Umstellung auf das Inländerkonzept notwendigen Angaben für eine Schätzung der Verbrauchsausgaben im Ausland und der Ausgaben der ausländischen Reisenden im Inland sind aus der Zahlungsbilanzstatistik vorhanden.

Noch zu bearbeiten sind die Dienste der Banken und Versicherungen, die Organisationen ohne Erwerbscharakter, der Verbrauch auf Geschäftskosten (s. auch Entstehungsrechnung) und die Verbrauchsausgaben der Besatzungsangehörigen (Käufe bei inländischen Lieferanten).

Für den Abschluss der Arbeiten gelten voraussichtlich die gleichen Termine, wie sie für die Revision der Entstehungsrechnung angegeben sind.

b) Staatsverbrauch

Neben einigen methodischen Umstellungen, die bei der Neuberechnung noch vorgenommen werden müssen, ist eine Anzahl von Reihen auf Grund neuerer Unterlagen neu berechnet.

c) Investitionen

Die Anlageinvestitionen werden auch künftig nach der bisherigen Methode berechnet werden. Eine Berücksichtigung der Lagerveränderung bei den Produzenten von Investitionsgütern wird evtl. künftig möglich sein, wenn die Vorratsschätzung vorliegt. Die Schätzung der Investitionen beim Investor wird weiter fortgeführt. Abgeschlossen sind: Wohnungsbau und öffentliche Verwaltung; Teilergebnisse liegen vor für Verkehr und Landwirtschaft.

Die Vorratsangaben aus der Umsatzsteuerveranlagungsstatistik 1950 liegen nunmehr vor, so dass eine Neuschätzung der Vorratsbestände in Angriff genommen werden kann.

b) Gründung eines Fachausschusses "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen"

Es hat sich als zweckmässig erwiesen, nunmehr auch für das Arbeitsgebiet "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" einen Fachausschuss zu gründen. In diesem Fachausschuss sollen Fragen des Aufbaues und der Gliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der begrifflichen Abgrenzung und der notwendigen statistischen Unterlagen erörtert werden. Die Aufgaben des ERP-Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", der sich in erster Linie mit Vorausschätzungen befasst, und des für die Sozialproduktsberechnung der Länder gebildeten Arbeitskreises, werden von dieser Neugründung nicht berührt. Der Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Institute für Wirtschaftsforschung" ist inzwischen bereits in einen Arbeitskreis zur Erörterung des statistischen Instrumentariums der Wirtschaftsbeobachtung umgewandelt worden. Der Beirat wird gebeten, die Mitglieder des Fachausschusses zu nennen. Ferner wäre das Statistische Bundesamt für eine Klärung der Frage dankbar, ob in der ersten Sitzung des Fachausschusses die allgemeinen Grundzüge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nochmals dargelegt und erörtert werden sollen (etwa anhand des Vortrages von Fräulein Dr. Bartels vor der Deutschen Statistischen Gesellschaft) oder ob diese allgemeinen Fragen als hinreichend bekannt angesehen werden können, so dass sogleich mit der Diskussion von Spezialproblemen begonnen werden kann.

II. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Im Jahre 1954 wurden keine neuen Erhebungen durchgeführt. Allgemeine Arbeitsziele waren die weitere Verbesserung und Rationalisierung der laufenden Statistiken.

Zur Rationalisierung gehört vor allem auch die Entlastung der Gemeinden. Sie wurde erzielt durch Befreiung der grösseren Städte von bestimmten Erhebungen sowie durch Umstellung bisheriger Totalerhebungen

auf die repräsentative Methode. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände haben die Bemühungen um die Entlastung der Gemeinden und ihre Erfolge anerkannt und ihre Unterstützung bei der sorgfältigen Durchführung der verbleibenden Statistiken zugesagt.

Zur weiteren Verbesserung der Statistiken wurde überall eine Erhöhung der Zuverlässigkeit angestrebt. Besonders sind in dieser Beziehung die Erntestatistik und die Viehzählungen zu nennen. Die Benutzung der Ergebnisse wurde gefördert durch Abkürzung der Aufbereitung und frühzeitige Veröffentlichung. Die Bedeutung der rechtzeitigen Bekanntgabe hat sich in diesem Jahr besonders deutlich gezeigt, als die Öffentlichkeit von nichtstatistischer Seite mit Zahlen über eine nicht nur qualitative, sondern auch quantitative Missernte beunruhigt wurde.

Von den einzelnen Erhebungen sind folgende hervorzuheben:

- a) Die Untersuchungen für eine repräsentative Bodenbenutzungserhebung, die vom Interministeriellen Ausschuss angeregt wurde, sind eingeleitet worden. Die Untersuchungen werden jedoch längere Zeit erfordern, weil die grosse Zahl der Anbauarten wegen der unterschiedlichen Streuungen nach verschiedenen Auswahlmethoden und verschiedenen Quoten erfasst werden müssen.

Die Nachkontrollen der Bodenbenutzungserhebung wurden in diesem Jahr wieder gemeinsam von der amtlichen Statistik und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie den Landwirtschaftsministerien der Länder durchgeführt. Die ermittelten Zählfehler lagen bei den Hauptanbauarten in der Nähe der 1952 festgestellten Grössen - z.B. Brotgetreide 7,0 (1952: 7,2). Wegen der Bedeutung der hinter den Zählfehlern sich verbergenden Nahrungsmengen in der Versorgungsbilanz (700 000 t Getreide) werden die Nachkontrollen weitergeführt werden müssen.

b) Die Erntestatistik hat sich in diesem Jahr besonders bewährt, und die Pressemeldungen über Unwetterschäden haben die Masse der 7 000 amtlichen Berichterstatter in ihrem Bemühen, zutreffende Schätzungen abzugeben, nicht beirrt. Als unentbehrlich haben sich in diesem Jahr wieder die Besonderen Ernteermittlungen erwiesen, da sie von subjektiven Einflüssen frei sind und eine unwiderlegliche Aussagekraft besitzen. Es ist fraglich, ob beim Fehlen objektiver Messungen das diesjährige Ergebnis einer Rekordernte (bei allerdings verminderter Qualität) Glauben gefunden hätte. Das Finanzanpassungsgesetz wird sich bei den Besonderen Ernteermittlungen wie auch bei den Nachkontrollen der Bodenbenutzungserhebung möglicherweise dahin auswirken, dass die Bundeszuschüsse des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten künftig wegfallen. Trotzdem darf aber an der Weiterführung dieser Erhebungen kein Zweifel bestehen.

c) Die Umstellung der Schweinezwischenzählung vom März und September auf die Methode einer Flächenstichprobe führte zu befriedigenden Ergebnissen. Die Zuverlässigkeitsgrenzen entsprachen der vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geforderten Genauigkeit. Auch die mit Nachdruck geforderte Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen totaler Zählungen, die bei der 1952 angewandten Auswahl von Einzelbetrieben als Stichprobeneinheit fraglich erschien, wurde mit der Flächenstichprobe erreicht. Nach Bewährung der Stichprobenmethode erhebt sich die Frage, ob auch die Juni-Erhebung, ggf. schon 1955, in repräsentativer Form durchgeführt werden soll.

Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Vergleichbarkeit bei den Schweinezählungen wird es für notwendig gehalten und ist durch Verordnung festgelegt, dass die abwechselnd stattfindenden Total- und Repräsentativzählungen im nächsten Jahr durch Nachkontrollen auf Zählfehler geprüft werden.

Die Planung neuer Zählungen wird notwendig. Bei der fortschreitenden Anwendung repräsentativer Methoden in der laufenden Statistik ist die genaue Kenntnis der Gesamtmasse erforderlich; somit ergibt sich auch aus diesem Grunde die Notwendigkeit baldiger Wiederholung der Zählungen.

Ein grosser Neubedarf an statistischen Erhebungen kann sich durch das Inkrafttreten eines Paritätsgesetzes für die Landwirtschaft ergeben. Über die endgültige Gestalt des Gesetzes besteht noch keine Klarheit.

Unabhängig von den einzelnen Bestimmungen werden drei Aufgabengebiete zu unterscheiden sein:

1. Die Festlegung der Tatbestände und Merkmale, die für die Verfolgung des Zwecks der Paritätsgesetze als konkrete, statistisch erfassbare Grössen gelten sollen. (Z.B. anstelle von ungenauen Begriffen wie ordnungsmässige Bewirtschaftung, notwendiger Aufwand, Lohnanspruch usw.)
2. Die statistische Erfassung dieser Tatbestände und Merkmale
3. Die Auswertung der statistischen Ergebnisse für die Bestimmung der notwendigen wirtschaftspolitischen Massnahmen.

Beim Aufgabengebiet 1) sollte die amtliche Statistik bereits bei der Vorbereitung der Gesetze an der Definition der Merkmale mitwirken und sie hinsichtlich ihrer statistischen Brauchbarkeit beurteilen. Das Aufgabengebiet 2) fällt in die Zuständigkeit der amtlichen Statistik. Das Aufgabengebiet 3) gehört u.E. eindeutig nicht in die Zuständigkeit der amtlichen Statistik.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

- a) Besonderes Interesse gebührt der Vorbereitung eines Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der gewerblichen Wirtschaft, das nach § 16 StatGes bis September nächsten Jahres vorliegen muss. Es ist daran gedacht, ein einheitliches Gesetz zu schaffen, das die Industriestatistik, die Handwerksstatistik, die Bauberichterstattung und die Statistik der Energiewirtschaft rechtlich fundieren soll. Um eine Vorklärung über den Inhalt zu schaffen, hat Anfang September beim Bundesministerium für Wirtschaft eine Beratung des gegenwärtigen und künftigen Programms der Industrie- und Handwerksstatistik mit den massgeblichen Konsumenten dieser Statistik stattgefunden.

Danach entspricht die laufende Industrie-, Handwerks- und Bau-berichterstattung einschliesslich der Produktionsstatistik nach ihrem gegenwärtigen Stand im wesentlichen den Bedürfnissen der Konsumenten. Auf dieser Grundlage wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes ein Entwurf für das Gesetz vorbereitet, der nach weiterer Klärung auf der Dezember-Sitzung des Sonderausschusses für Statistik der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer beraten werden soll. Die Hauptaufgabe liegt darin, einerseits die zu erfassenden Tatbestände und den Kreis der Befragten hinreichend klar zu bestimmen, andererseits aber auch die Rechtsgrundlage elastisch genug zu formulieren, um den wechselnden Bedürfnissen der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens Rechnung tragen zu können.

- b) Unberührt von der Frage der gesetzlichen Grundlage für die regelmässige Industrie- und Handwerksberichterstattung werden einige methodische Reformen beim Industrierbericht vorbereitet. Zunächst ist daran gedacht, das für den Aussenstehenden schwer verständliche Nebeneinander von Ergebnissen für "hauptbeteiligte Industriegruppen", "beteiligte Industriegruppen", "selbständige Industriezweige", "Industrieuntergruppen" usw. zu beseitigen und die für die Betriebe geltenden Daten nur nach einer "institutionellen" Gliederung zu geben, bei der jeder Betrieb nach seinem Schwerpunkt demjenigen Industriezweig zugeordnet wird, an dem er auf Grund seines Produktionsprogramms hauptbeteiligt ist. Eine künstliche Aufteilung der örtlichen Einheiten soll damit vermieden werden. Auf der anderen Seite ist für die Umsätze ausserdem an eine Aufgliederung nach Erzeugnisarten gedacht, die etwas mehr ins Detail geht als die bisherige Gliederung und damit den Bedürfnissen der Wirtschaft besser entspricht. Die Reform wird von einem Arbeitskreis des Fachausschusses näher behandelt, ist aber erst für Anfang 1956 in Aussicht genommen. Daneben bereitet das Statistische Bundesamt vor, die Ergebnisse der Industrierberichterstattung für die wichtigsten Merkmale (Beschäftigte, Arbeiterstunden, Umsätze) künftig auch in durchlaufenden Reihen (d.h. unter rechnerischer Ausschaltung der erhebungs-

technisch bedingten "Firmenkreissprünge") zu bringen, und zwar nicht für die Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, sondern für die Gesamtheit der Industriebetriebe.

- c) Die Fertigstellung der Neuberechnung des Produktionsindex auf der Basis 1950 hat sich infolge verschiedener methodischer Schwierigkeiten (und auch infolge schwerer Krankheitsfälle in der Abteilung) verzögert. Trotzdem dürfte es möglich sein, die Neuberechnung nun in Kürze vorlegen zu können. Die theoretischen Grundlagen sind inzwischen in einem Aufsatz in "Wirtschaft und Statistik"¹⁾ veröffentlicht worden. Ein Aufsatz über die methodischen Einzelfragen wird mit der Veröffentlichung der Ergebnisse folgen. Neben dem Index, der die Nettoproduktionswerte des Basisjahres fortschreibt und dementsprechend - wie bisher - nach Industriezweigen gegliedert ist, sollen auch nach Erzeugnissen gegliederte besondere Indices für den Ausstoss von "Investitionsgütern" und "Verbrauchsgütern" gebracht werden. Diese Indices stellen die Entwicklung der Bruttoproduktionswerte dar und sollen die konjunkturelle Entwicklung bei den Investitionsgütern und Verbrauchsgütern sauberer erkennen lassen, als die bisherigen Zusammenfassungen der fortgeschriebenen Nettoproduktionswerte für die sog. Investitionsgüter- bzw. Verbrauchsgüterindustrien.
- d) Über die ersten Überlegungen zur Vorbereitung einer neuen Handwerkszählung, insbesondere beim Zentralverband des deutschen Handwerks, ist schon auf den beiden letzten Jahrestagungen des Beirats berichtet worden. Im April dieses Jahres erhielt das Statistische Bundesamt vom Bundesministerium für Wirtschaft den Auftrag, eine neue Zählung vorzubereiten. Im Laufe des Sommers sind die Fragebogen entwickelt und Vorarbeiten für ein Tabellenprogramm geleistet worden. Nach dem jetzigen Stande ist an einen Hauptfragebogen gedacht, der etwa demjenigen der Handwerkszählung 1949 entspricht (hinzugekommen ist vor allem eine Frage nach dem Wareneingang); daneben ist ein Sonderfragebogen für höchstens 30 000 Betriebe vorgesehen, der den Maschinenbestand und die Vorräte erfragt. Die Vorbereitungen konnten

¹⁾ Dr. Gerhard Fürst, Probleme der industriellen Produktionsstatistik, "Wirtschaft und Statistik" 6.Jg.N.F., Heft 7, Juli 1954

allerdings noch nicht abgeschlossen werden, da die im Haushalt 1954 zur Vorbereitung angesetzten Mittel noch nicht zur Verfügung stehen. Der ursprünglich für die Zählung in Aussicht genommene Termin Mai 1955 kommt jetzt nicht mehr in Frage; es ist noch zu klären, ob die Zählung Ende September 1955 oder Ende Mai 1956 stattfinden kann. Die Frage einer Heranziehung der Handwerkskammern bei der Zählung wird offenbar in den einzelnen Ländern verschieden geregelt werden.

- e) Die auf der Heidelberger Tagung angekündigten Arbeiten zur Weiterentwicklung der Industriestatistik in Richtung einer stärkeren Schwerpunktsverlagerung auf die Ermittlung der Nettoleistung haben im vergangenen Jahr zu dem konkreten Plan einer Jahreserhebung über die Nettoleistung in der Industrie geführt. Nach eingehenden Verhandlungen mit der Industrie und dem Bundesministerium für Wirtschaft sind für diese Jahreserhebung nach dem derzeitigen Stand zwei Arten von Fragebogen in Aussicht genommen. Der Hauptbogen, der sich an sämtliche industrieberichtspflichtige Betriebe wenden soll, enthält eine Frage nach dem Umsatz im Berichtsjahr, eine Frage nach dem Wareneingang, Fragen nach den Beständen am Anfang und Ende des Berichtsjahres in Werten, und zwar getrennt nach Rohstoffen und sonstigen Vorprodukten und nach fertigen und halbfertigen Erzeugnissen, endlich eine Frage nach den von anderen Firmen ausgeführten Lohnarbeiten. Ausserdem ist ein Ergänzungsbogen für höchstens 10 000 ausgewählte Unternehmungen vorgesehen, der für die wichtigsten Industriezweige individuell gestaltet ist und eine Aufgliederung der Eingänge an gekauften Materialien nach wichtigen Warengruppen sowie nach der Herkunft aus dem Inland oder dem Ausland enthält. Während der Hauptfragebogen im wesentlichen dazu dienen soll, eine Berechnung der Nettoproduktionswerte nach einem neueren Stand zu ermöglichen, soll der Ergänzungsbogen ein Minimum von Unterlagen für eine Berechnung der realen Entwicklung der Wertschöpfung sowie für Untersuchungen über Verflechtungen der Industriezweige gewinnen. Im einzelnen sind die Verhandlungen über die Gestaltung der Erhebung noch nicht abgeschlossen.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

- a) Die im Frühsommer 1953 bei der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) begonnenen Besprechungen zur Revision der Internationalen Konvention über Wirtschaftsstatistik von 1947 machten es notwendig, die Besprechung von methodischen Fragen der Aussenhandelsstatistik in einem Arbeitskreis des Fachausschusses "Handels- und Verkehrsstatistik" aufzunehmen. Da die nächste internationale Behandlung dieser Themen im Sommer 1955 zu erwarten ist, nimmt dieser Arbeitskreis seine Arbeit Anfang Dezember d.J. auf. Ihm gehören die mit den Fragen des Aussenhandels befassten Bundesministerien, die Bundesbank deutscher Länder, die Vertreter der Spitzenverbände der Wirtschaft und die Statistischen Landesämter an.
- b) Die Basis der repräsentativen Erhebung für die Beobachtung der Umsätze des Einzelhandels konnte in einigen Ländern im Laufe des Jahres 1954 weiter verbessert werden. Die Zahl der erfassten Verkaufsstellen beläuft sich im Berichtsmonat Oktober 1954 auf rund 34 000, auf die rund 22 vH des gesamten Umsatzes des Einzelhandels entfallen. Insbesondere war es möglich, in die Berichterstattung in steigendem Masse auch kleine und mittlere Betriebe einzubeziehen.
- c) Bei der Grosshandelsstatistik wurde eine Ausdehnung der bisher für vier Grosshandelszweige (Lebensmittel, Textilwaren, Elektro- und Rundfunk sowie Baustoffe) freiwillig geführten Repräsentativstatistik über die Entwicklung der Umsätze auch auf weitere Fachsparten möglich (vorerst: Süßwaren/ Tabakwaren/ Schuhe/ sanitärer Installationsbedarf/ Werkzeuge, Beschläge u. Kleineisenwaren/ Haus- u. Küchengeräte/ Öfen u. Herde/ Hohlglas u. Keramik/ Farben, Lacke u. Anstrichbedarf/ Schreib- u. Papierwaren). Jeweils nach Abschluss der hierzu erforderlichen Vorarbeiten sind in den nächsten Monaten noch weitere Grosshandelszweige vorgesehen (u.a. Landhandel/ Fruchthandel/ Grosshandel mit Eisen und Stahl/ mit Holz/ mit pharmazeutischen Erzeugnissen/ Droge- und Parfumerie-grosshandel). Besonders geprüft werden soll noch die Situation in den Grosshandelszweigen, für die bereits Absatz-

statistiken geführt werden (z.B. Kohlenhandel/ Grosshandel mit Mineralölen u. Mineralölerzeugnissen).

In die jährliche Statistik der Lagerbestände werden zunächst nur die nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung wichtigsten, vornehmlich konsumnahen Grosshandelszweige einbezogen. Es ist die Beteiligung von zunächst 3 000 Firmen vorgesehen.

- d) Das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken ist im Verlauf des letzten Jahres revidiert worden, soll aber noch auf ein in Kürze vorliegendes besonderes Güterverzeichnis für Transportstatistiken der ECE, das auf der SITC aufgebaut ist, abgestimmt werden. Das Sekretariat der ECE hat die in unseren deutschen Fachausschussprotokollen enthaltenen methodischen Überlegungen zur Gestaltung eines Güterverzeichnisses erhalten und die Absicht geäußert, die hier erarbeiteten Grundsätze daraufhin zu prüfen, ob sie auch der internationalen Arbeit an den Systematiken zugrunde gelegt werden können.
- e) Die Statistik des seewärtigen Personenverkehrs der deutschen Küstenhäfen ist zunächst auf freiwilliger Basis in Hamburg und in Bremen wieder aufgebaut worden. Der Ausbau zu einer bundeseinheitlichen Statistik für alle Küstenhäfen der Bundesrepublik Deutschland ist von der Fertigstellung der in Vorbereitung befindlichen Rechtsgrundlage für die Seeverkehrsstatistiken abhängig.
- f) Die Statistik des gewerblichen Güterfernverkehrs auf Strassen wird vom Kraftfahrt-Bundesamt fortgeführt. Eine sehr erhebliche Lücke in den Strassenverkehrsstatistiken wird zur Zeit dadurch geschlossen, dass seit Ende vergangenen Jahres unter Benutzung der Unterlagen für die Beförderungssteuer auch die Verkehrsleistungen des Werkfernverkehrs statistisch ausgewertet werden.

Wenn die Unterlagen über die Güterbewegung im Werkfernverkehr auf Strassen vorliegen, ist die Grundlage gewonnen, um mit Ausnahme des Güternahverkehrs auf Strassen eine geschlossene Güterbewegungsstatistik im Verkehr zu erstellen.

- g) Nach Einführung des revidierten Meldeblattes Anfang 1953 und Zentralisierung der Auswertung der Meldeblätter bei den Sta-

tistischen Landesämtern hat für das Jahr 1953 die Darstellung der Strassenverkehrsunfälle erheblich verbessert werden können. Die Durchführung dieser Arbeiten hat allerdings erheblich unter Finanzierungsschwierigkeiten bei einzelnen Ländern gelitten, so dass die Aufbereitung für zwei Länder bei Abfassung dieses Berichtes noch nicht vorliegt. Angesichts der grossen Wichtigkeit, statistische Unterlagen für die Hebung der Verkehrssicherheit frühzeitig zu gewinnen, ist zu hoffen, dass die Abschlusstermine dieser Statistik im nächsten Jahr sehr viel früher liegen werden.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

Das Bundesministerium für Wohnungsbau hat - unterstützt von den für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen obersten Landesbehörden - die Vorbereitung einer neuen Feststellung der Wohnungsverhältnisse im Bundesgebiet im Jahre 1955 dringend gefordert. Hierüber ist bei der letzten Beiratssitzung in Heidelberg im Oktober 1953 bereits berichtet worden. Es war damals darauf hingewiesen worden, dass es nach Lage der Dinge weniger darauf ankommen kann, den Wohnungsbestand und seine Gliederung neu zu erfassen; hierüber liegen aus der Wohnungszählung 1950 und der Fortschreibung mittels Bautätigkeitsstatistik und Beschlagnahmestatistik gewisse Zahlen, auch in regionaler Gliederung vor. Eine Aufgabe einer neuen Wohnungsstatistik müsste es dagegen sein, die Belegung der vorhandenen Wohnungen neu festzustellen. Ausserdem wurde bereits damals betont, dass die Neufeststellung des Wohnungsdefizits und des Wohnungsbedarfs für die weiteren Massnahmen der Wohnungsbaupolitik von grosser Bedeutung ist. Schliesslich benötigen die für die Mietenpolitik massgebenden Stellen auch neuere und bessere Unterlagen über die Mietenstruktur der Wohnungen und die Mietsituation der Bevölkerung.

Inzwischen wurde die Frage, ob eine neue Wohnungszählung allgemein als notwendig angesehen wird und welcher Art die Feststellungen einer solchen Zählung sein sollten, im Rahmen des Fachausschusses "Wohnungs- und Baustatistik" und eines von diesem

eingesetzten Arbeitskreises diskutiert. Ausserdem war es möglich, an einer Reihe von Diskussionen anderer Stellen über Fragen des Wohnungsbedarfs und des Wohnungsmarktes teilzunehmen. Das Ergebnis aller dieser Überlegungen ist im wesentlichen in einem Resumé enthalten, das über eine Sitzung eines Arbeitskreises des Fachausschusses "Wohnungs- und Baustatistik" gefertigt wurde und das den weiteren Diskussionen und Entschlüssen über diese Materie zugrunde gelegt werden soll. Interessierten Mitgliedern des Beirates steht diese Schrift auf Anforderung zur Verfügung. Die Beratungen ergaben etwa folgende Ergebnisse:

- (1) Das vorliegende Zahlenmaterial über Wohnungsdefizit, Wohnungsbedarf, Wohnungsmieten und Wohnungsbelegung ist zur Beurteilung der gegenwärtigen Wohnverhältnisse und als Unterlage für die wohnungsbaupolitischen und mietpolitischen Massnahmen unzureichend. Die Notwendigkeit neuer Feststellungen ist anzuerkennen.
- (2) Die neuen Feststellungen sind jedoch mit dem Begriff "Wohnungszählung" nicht richtig beschrieben, da es weniger auf eine "Zählung der Wohnungen", als auf die Feststellung im einzelnen sehr diffiziler Tatbestände über die Wohnungen und Haushaltungen in bestimmter Gruppierung ankommt. Es wurde deshalb der Terminus "Wohnungsschätzung 1955" geprägt.
- (3) Die Wohnungsschätzung 1955 hat im wesentlichen folgende Aufgaben:
 - (a) Feststellung des "Wohnungsdefizits" als Differenz zwischen der Zahl der Haushaltungen und der Zahl der Wohnungen im Zeitpunkt der Erhebung. Diese Feststellung wird in feiner regionaler Gliederung verlangt. Ausserdem sollen die Defizitfälle, das sind die Haushaltungen ohne selbständige Wohnung, nach Haushaltstypen, Berufs- und Einkommenslage, Haushaltsgrösse etc. aufgegliedert nachgewiesen werden, so dass es möglich ist, die nach objektiven Gesichtspunkten vermutlich nicht nach einer eigenen

Wohnung strebenden Haushaltungen auszugliedern und so den als Wohnungsbedarfsträger anzusprechenden; die Wohnungspolitik interessierenden Teil der Defizithaushaltungen zu zeigen. Es ist hierbei z.B. an eine Aufteilung nach Einpersonen- und Mehrpersonenhaushaltungen, in die weitere Ausgliederung der Einzelpersonen in Berufsausbildung, der alleinstehenden männlichen Rentner usw. usw. gedacht. Einzelheiten müssen noch geklärt werden.

- (b) Feststellung des Wohnungsbedarfs bei den Inhabern selbständiger Wohnungen. Es wird davon ausgegangen, dass auch bei jenen Haushaltungen, welche bereits eine selbständige Wohnung haben, ein Bedarf für eine andere Wohnung besteht, der aber infolge der Wohnungsbewirtschaftung und des Wohnungsmangels nicht auf marktübliche Weise, nämlich durch Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot, befriedigt werden kann. Hier wird z.B. an Fälle zu dichter Belegung der Wohnungen, an Haushaltungen in schlechten Wohnungen, an Haushaltungen von Pendelwanderern mit Wohnungsbedarf in der Gemeinde der Berufstätigkeit etc. gedacht. Mit diesen Feststellungen zusammen muss die Frage etwaiger Untermieter in den Wohnungen betrachtet werden, da eine zur Zeit zu dichte Belegung einer Wohnung durch den Auszug der Untermieterpartei evtl. behoben wird. Desgleichen muss der Wohnungsbedarf der Wohnungsinhaber mit dem der Defizitfälle abgeglichen werden, da durch Befriedigung des Wohnungsbedarfs eines Wohnungsinhabers mittels Neubau dessen bisherige Wohnung für die Deckung eines anderen Wohnungsbedarfs zur Verfügung steht.
- (c) Bezüglich des so herausgestellten vermuteten Wohnungsbedarfs wird die Nachprüfung dieser Vermutung durch stichprobenweise Feststellungen darüber für notwendig gehalten, in welcher Ausmasse die Haushaltungen der einzelnen Gruppen (Defizitfälle und Wohnungsinhaber in bestimmten Gliederungen) wirklich nach einer anderen Wohnung streben (d.h. inwieweit die allgemeine Vermutung begründet ist) und welche Wohnung sie sich bejahendenfalls nach ihrer wirtschaftlichen Lage leisten können. Es ist dies keine Feststellung der Wohnungs-

wünsche im eigentlichen Sinn, sondern zunächst nur eine Verifizierung der nach objektiven Gesichtspunkten zunächst gefundenen Vermutung eines vorliegenden Wohnungsbedarfs.

- (d) Darüber hinaus wurden der Wohnungsstatistik 1955 noch verschiedene Feststellungen zur näheren Beurteilung der marktwirtschaftlichen Situation im Wohnungswesen übertragen. Es interessiert hier u.a. die Feststellung der Mietbelastung in den verschiedenen sozialen Gruppen sowie Unterschiede in Zusammenhang mit Baualter und Ausstattung von Mietwohnungen. Auf der Angebotseite wird eine Erfassung der für den Wohnungsmarkt in Frage kommenden Wohnungen nach Alter, Grösse und Ausstattung sowie nach den diesen Merkmalen gegenüberstehenden Mieten verlangt.
- (e) Ausserdem hat der Arbeitskreis des Fachausschusses "Wohnungs- und Baustatistik" vereinbart, einer Anregung des Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes zu entsprechen und die Fragen der laufenden Beobachtung des Wohnungsmarktes und seiner Entwicklung zu beraten. Es ist hier daran gedacht, laufend die Tendenzen zu bestimmen, welche die Nachfrage nach Wohnungen oder das Angebot von Wohnungen bestimmen und beeinflussen. Es kommt hierbei weniger auf die Einführung neuer Statistiken als auf die Bereitstellung und Zusammenfassung entsprechender Zahlen aus vorhandenen Statistiken an.

Nach diesem Feststellungsbedarf für die Wohnungsstatistik 1955 zu urteilen, ist mit zwei verschiedenen Arten von Statistiken zu rechnen. Für die Wohnungen und Haushaltungen sind gewisse Feststellungen notwendig, welche zunächst einmal eine Einteilung der Gesamtmasse der Wohnungen und Haushaltungen nach den verschiedenen Gruppen des Wohnungsbedarfs und nach den Gesichtspunkten ihrer Marktbedeutung ermöglichen. Ob diese Feststellung der Grundzahlen total oder bereits repräsentativ erfolgen kann, ist abhängig von den Bedürfnissen nach regionaler Gliederung. Werden Gemeindezahlen unbedingt benötigt, und sei es auch nur für eine beschränkte Zahl von Merkmalen der Wohnungen und Haushaltungen, so ist eine To-

talerhebung unumgänglich. Kann man sich dagegen hinsichtlich dieser Grundzahlen auf Angaben für grössere gebietliche Einheiten, etwa Regierungsbezirke oder für Gemeindegrössenklassen innerhalb der Länder entscheiden, so könnte wahrscheinlich auch mittels einer grossen Stichprobe (vielleicht 10 oder 20 vH aller Fälle) das Grundnetz an Zahlen gewonnen werden. Bei den bisherigen Beratungen wurde seitens der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen obersten Landesbehörden und seitens der Städte für die Totalerfassung plädiert. Daneben sind kleine Stichprobenerhebungen notwendig, welche innerhalb bestimmter ausgewählter Gruppen von Haushaltungen oder Wohnungen angesetzt werden sollen, um die allgemein und auf dem Wege der schriftlichen Befragung nicht feststellbaren Tatbestände über das "Wollen und Können" der Haushaltungen hinsichtlich der Befriedigung ihrer Wohnbedürfnisse zu ermitteln.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

- a) Auf dem Gebiet der Steuerstatistik sind die Ergebnisse der vier grossen für das Jahr 1950 durchgeführten Statistiken, nämlich der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nunmehr fertiggestellt; Gesamtergebnisse sind in "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht worden.

Die Vorbereitungen der neuen grossen Steuerstatistiken, die für 1954 durchgeführt werden sollen, sind angelaufen, nämlich wiederum der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Diese vier Statistiken sollen nunmehr jährlich wenn auch mit jeweils verschieden grossem Programm durchgeführt werden. Ausserdem ist eine Statistik der Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1953 und der Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens auf den 1.1.1953 vorbereitet worden.

Ein Sonderproblem innerhalb dieser Vorbereitungen ist die Einheitlichkeit in der gewerblichen Zuordnung der Steuerpflichtigen in der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie in der Einheitswertstatistik und zugleich in den Statistiken verschiedener Jahre. Zur Herstellung dieser Einheitlichkeit soll die Gewerbekennziffer der Arbeitsstättensystematik der Steuernummer angehängt werden. Zu diesem Zwecke werden die

Adrema-Listen der Steuerpflichtigen, die von den Finanzämtern gefertigt werden, bei den Statistischen Landesämtern mit der Gewerbekennziffer versehen.

Die jährlich durchgeführte Umsatzsteuerstatistik, mit der der Umsatz aller Wirtschaftsbereiche in einer einheitlichen und vergleichbaren Form ermittelt wird, soll gewissermaßen das Rückgrat der Umsatzstatistik überhaupt bilden. Das umfassende Bild, das sie in jährlichen Abständen von dem Umsatz und seinen Arten liefert, wird für die Beobachtung der Umsatzentwicklung in kurzfristigen Abständen auch weiterhin durch die Umsatzzahlen der Industrieberichterstattung und durch die repräsentativen Schnellstatistiken im Einzelhandel und wichtigen Grosshandelszweigen ergänzt.

Die Statistiken der Einkommensteuer in ihren drei Teilen, Lohnsteuer, Veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, sind wiederum in erster Linie darauf ausgerichtet, die praktischen Wirkungen der Steuergesetzgebung und ihrer Einzelheiten als Grundlage für steuerpolitische Erwägungen erkennen zu lassen. Bei ihrer Durchführung für 1954 wird insbesondere nochmals die Bedeutung erarbeitet, die die verschiedenen Sondervergünstigungen des Einkommensteuergesetzes gehabt haben. Dem Ziel steuerpolitisch wichtiger Erkenntnisse dient die in den Statistiken vorgesehene Darstellung der Einkommensschichtung. Mit der Erfassung der als Besteuerungsgrundlage dienenden Einkommen ergibt sich zugleich wichtiges Material für die Feststellung der Höhe, Verteilung und Schichtung der Einkommen.

- b) Die Erhebung und Aufbereitung der Finanzstatistik, nämlich der jährlichen Rechnungs-, Schulden- und Personalstandstatistik, sind nunmehr so eingelaufen, dass ihre Ergebnisse merklich früher vorliegen. Gesamtzahlen für das Rechnungsjahr 1952 über Ausgaben für Bund, Länder und Gemeinden, über den Personalstand für den 1.10.1953 und über die Schulden für den 31.3.1954 sind bereits veröffentlicht worden. Das Bundesministerium der Finanzen beabsichtigt, die Ergebnisse der Finanzstatistik in einer zusammenfassenden Übersicht alljährlich - erstmalig für das Rechnungsjahr 1955 - in die "Allgemeinen Vorbemerkungen" zum Bundeshaushalts-

plan aufzunehmen. Zur Erleichterung der Bearbeitung der jährlichen Rechnungsstatistik, gleichzeitig aber auch als Hilfsmittel für eine einheitliche statistische Zusammenfassung, wird - ähnlich dem im kommunalen Bereich eingeführten Verfahren für die Staatshaushaltspläne - ein finanzstatistischer Kennziffernplan vorbereitet. Dieser würde es ermöglichen, Abänderung des derzeitigen Haushaltsschemas, das nach dem Ressortprinzip aufgebaut ist, alle Einzelpositionen der Staatshaushaltspläne

(a) nach einheitlich gegliederten Aufgabenbereichen

(b) nach einheitlich gruppierten Ausgabe- und Einnahmearten

in kurzer Zeit statistisch zusammenzustellen.

Die notwendig gewordene Ergänzung der jährlichen Rechnungsstatistik um die in der Rechtsform der Eigenbetriebe geführten wirtschaftlichen Unternehmungen ist eingeleitet. Die Bilanz- und Erfolgsrechnungen der Versorgungs- und Verkehrsunternehmen der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und der Kreise werden erstmalig für das Geschäftsjahr 1953 bzw. 1953/54 erhoben. Diese Erfassung bedeutet zugleich eine bedeutsame Ergänzung der bisher auf die Aktiengesellschaften und einige wichtige GmbH beschränkten Bilanzstatistik.

- c) In der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften wird der zeitliche Abstand, der sich aus der verspäteten Veröffentlichung der Bilanzen ergab, allmählich aufgeholt. Die Jahresabschlüsse für 1950 und 1951 sind in Band 104, erste Gesamtergebnisse für 1952 in "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht worden. Diese Bilanzstatistik kann sich auch weiterhin nur auf die von den Gesellschaften veröffentlichten Jahresabschlüsse stützen. Bei denjenigen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die in den §§ 131 und 132 des Aktiengesetzes ausweispflichtig gemacht worden sind, ist die für die Statistik erforderliche Einheitlichkeit der Nachweisung einigermaßen, wenn auch nicht ausreichend gewahrt. Sie fehlt aber für diejenigen Positionen, die im Aktiengesetz nicht genannt aber vor allem in der Gegenwart wichtig geworden sind. Die Statistik notwendige Einheitlichkeit in der Gliederung

von Bilanz und Erfolgrechnung auf der Basis freiwilliger Mitarbeit der Unternehmungen oder durch entsprechende Vorschriften eines zukünftigen Aktiengesetzes zu erzielen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe der Bilanzstatistik.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

- a) Die Zeit des Aufbaus kann als einigermaßen abgeschlossen bezeichnet werden. Dies zeigt u.a. das regelmässige und neuerdings beschleunigte Erscheinen der Quellenwerke in der Reihe der "Statistik der Bundesrepublik Deutschland", die die Ergebnisse der Bevölkerungs- und Kulturstatistik bringen.

Trotzdem sind manche Unzulänglichkeiten vorhanden; z.B. ist die Morbiditätsstatistik noch unbefriedigend, und die Krankenhausstatistik konnte wirtschaftliche Fragen bisher nicht berücksichtigen. Im ganzen rücken bei den Arbeiten seit einem Jahr zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund: die Prüfung des Programms daraufhin, ob es den sächlichen Bedürfnissen entspricht, und die Prüfung der Ergebnisse auf ihre Zuverlässigkeit.

Als Beispiel für die erste Aufgabe ist auf die Statistik der Ehelösungen hinzuweisen, in der die "Gründe" als zu wenig aussagekräftig jetzt nach mehrjähriger eingehender Auszählung in den Hintergrund gestellt und durch eine bessere Berücksichtigung der relevanten sozialen Tatbestände ersetzt wurden.

Für die Verbesserung der Ergebnisse seien als Beispiele die Untersuchungen über die Zuverlässigkeit der Aussagen über die Säuglingssterblichkeit der Heimatvertriebenen und die Besprechungen über die Zuverlässigkeit bei Bevölkerungsfortschreibung für die Gemeinden genannt. In diesen Rahmen gehören auch die Vorarbeiten für die Umstellung der Todesursachenstatistik auf die Verwendung der amtlichen Leichenschauischeine in verbesserter Form. Hierbei hat das Statistische Landesamt Hessen umfangreiche und wertvolle Vorarbeiten geleistet.

Besonderer Erwähnung bedürfen die Bestrebungen, die Schulstatistik, insbesondere die Statistik der Berufsschulen, in ihrem Tabellenprogramm noch stärker auf andere Bedürfnisse als die der Schulverwaltung abzustellen, z.B. auf die der Eingliederung des Nachwuchses in das Erwerbsleben. Dies wäre allerdings nur durch eine völlige Änderung des Erhebungsverfahrens möglich. Es erscheint zweckmässig, dass die Schulen nicht mehr in tabellarischer Form berichten, da auf diese Weise die Tabellen nur wenige und nicht sehr weitgehende Kombinationen aufweisen können, sondern dass für jeden einzelnen Schüler Individualzählblättchen ausgefüllt und aufbereitet werden. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat hier begonnen, den neuen Weg zu erkunden. Seine Erfahrungen werden von grösstem Wert sein. Es ist notwendig, dass alle an den Ergebnissen einer aufschlussreicheren Schulstatistik interessierten Stellen beizeiten ihre Wünsche an das Frage- und Tabellenprogramm bekanntgeben.

- b) Als in Vorbereitung befindliches Vorhaben ist der Mikrozensus besonders zu erwähnen. Es steht noch dahin, wann mit seiner Durchführung begonnen wird, da die vorbereitenden Beratungen in den verschiedenen Koordinierungsausschüssen noch laufen. An der methodischen Vorbereitung des Mikrozensus ist intensiv weiter gearbeitet worden. Eine Überprüfung der Einwohnerkarteen in allen grösseren Gemeinden hat zu einer weitgehenden Überprüfung der Pläne für die Auswahl der Haushaltungen geführt. Im Laufe des Sommers wurde eine Probeerhebung in allen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern durchgeführt, bei der Probleme der Interviewerschulung, der Art der Erhebung usw. geprüft wurden. Die Auswertung dieser Probeerhebung wird die Durchführung der endgültigen Erhebungen von vornherein auf eine sichere Basis stellen. Die Erfahrungen über die Mitwirkung der Bevölkerung, die Leistungen der Interviewer, die Güte der erzielten Ergebnisse sind günstiger als erwartet. Gewisse Bedenken, die gegen das einwandfreie Funktionieren des Mikrozensus in Deutschland gelegentlich geäussert wurden, sind durch die Probeerhebung entkräftet worden.

Mikrozensus und Volks- und Berufszählung müssen als einander ergänzend betrachtet werden. Bei den Vorbereitungsarbeiten für den Mikrozensus fallen bereits eine Reihe von Gedanken für die Durchführung der nächsten Volks- und Berufszählung, die wahrscheinlich im Jahre 1960 zu erwarten ist, an. Für die Vorplanung der 1960er-Zählung im nationalen und im internationalen Rahmen aber sind - wie im Allgemeinen Teil dieses Berichtes bereits erwähnt - kritische Äusserungen zu dem Erhebungs- und Tabellenprogramm 1950, die aus der Arbeit mit den Ergebnissen kommen und die erkennen lassen, welche Ergebnisse aus diesen oder jenen Gründen den praktischen Bedürfnissen nicht genügen, welche zusätzlichen Entschlüsse zweckmässig wären usw. in möglichst grossem Umfang schon bald erwünscht.

A n h a n g
zu Besprechungsunterlagen

Ü b e r s i c h t

über den Stand der Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Bundesstatistik.

(Stand: Mitte November 1954)

Die folgende Übersicht gliedert die Rechtsgrundlagen nach den Stadien, in denen sie sich z.Z.befinden. Es sind dabei folgende Stufen unterschieden worden:

- | | |
|--|-------|
| A = Entwurf in Vorbereitung | (9) |
| B = Entwurf beim Bundesressort, Beratung noch nicht erfolgt | (15) |
| C = Entwurf wird in den Bundesressorts und Koordinierungsausschüssen beraten | (18) |
| D = Entwurf bei den gesetzgebenden Körperschaften | (3) |
| E = Rechtsgrundlage ist bereits verkündet | (10) |

Die in Klammern genannten Zahlen geben an, wieviel der Rechtsgrundlagen sich in dem jeweiligen Stadium befinden.

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befindet sich im Stadium				
	A	B	C	D	E
<u>I. Ernährung und Landwirtschaft</u>					
1. Bodenbenutzung und Ernte					
Gesetz über Bodenbenutzungserhebungen		X			
Verordnung über eine Nachkontrolle der Bodenbenutzungserhebung 1954. Vom 26.Mai 1954					X
Verordnung über die besondere Ernteermittlung für das Jahr 1954. Vom 26.Mai 1954					X
2. Viehwirtschaft					
Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen (Neufassung)	X				
Verordnung über Nachkontrollen der Viehzählung				X	
Verordnung über Schlachtungsstatistik		X			
Verordnung über Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik		X			
3. Fischwirtschaft					
Gesetz über die Statistik der Fischereifangergebnisse. Vom 6.Juli 1938 und Ausführungsanordnung des BML. Vom 30.Januar 1950					X

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befindet sich im Stadium				
	A	B	C	D	E
4. Landarbeitskräfte					
Verordnung über eine Statistik der familieneigenen Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Vom 8. November 1954					X
II. <u>Industrie und Handwerk</u>					
1. Industrie					
Gesetz über die Allgemeine Stati- stik in der gewerblichen Wirt- schaft			X		
Verordnung über eine Jahreserhe- bung der Nettoleistung in der Industrie		X			
Verordnung über statistische Jah- reserhebungen in der Energiewirt- schaft und der öffentlichen Was- serversorgung		X			
Verordnung über die Durchführung einer Textilstatistik	X				
Verordnung über die Durchführung einer Eisen- und Stahlstatistik			X		
Verordnung über die Durchführung einer Nichteisen- und Edelmetall- statistik			X		
Verordnung über die Durchführung einer Düngemittelstatistik			X		
Verordnung über die Durchführung einer Lederstatistik			X		
Verordnung über die Durchführung einer Rohtabakstatistik			X		
Verordnung über die Durchführung eines statistischen Eilberichts über den Auftragseingang in wich- tigen Industriezweigen			X		
2. Bauwirtschaft					
(Siehe auch Gesetz über die All- gemeine Statistik in der gewerb- lichen Wirtschaft)			X		
3. Handwerk					
(Siehe auch Gesetz über die All- gemeine Statistik in der gewerb- lichen Wirtschaft)			X		
Gesetz über die Handwerkszählung 1955			X		

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befindet sich im Stadium				
	A	B	C	D	E
III. Handel und Verkehr					
1. Außenhandel					
Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Waren- verkehrs (Außenhandelsstatistik)			X		
Verordnung über statistische Abgabe		X			
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Wa- renverkehrs (Außenhandelsstati- stik)	X				
2. Binnenhandel					
Verordnung über die Großhan- delsstatistik. Vom 24. Juni 1954					X
Verordnung über die Einzelhan- delsumsatzstatistik	X				
3. Verkehr					
Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen sowie des Schiffsbestandes der Binnen- flotte		X			
Gesetz über die Güterbewegungs- statistik auf den Eisenbahnen	X				
Verordnung über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf See sowie des Schiffsbestan- des		X			
Verordnung über eine Statistik des seewärtigen Personenverkehrs über die Küstenhäfen der Bun- desrepublik Deutschland		X			
Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Personen- beförderung mit Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen		X			
Verordnung über die Durchfüh- rung einer Statistik des grenz- überschreitenden Straßenverkehrs mit Kraftfahrzeugen			X		
Verordnung zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallsta- tistik			X		
Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik		X			

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befindet sich im Stadium				
	A	B	C	D	E
<u>noch:</u>					
3. Verkehr					
Verordnung über die Fremdenverkehrs- statistik				X	
IV. <u>Preise und Löhne, Bau-, Wohnungs- und Sozialwesen</u>					
1. Preise					
Gesetz über die Preisstatistik	X				
2. Löhne					
Gesetz über die Lohnstatistik			X		
3. Bau- und Wohnungswesen					
Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Bautätigkeit und der Wohnraumvergaben. Vom 24. März 1953					X
Verordnung über die Statistik des Wohnungseigentums			X		
Verordnung über eine Statistik der Kostenstruktur in der Woh- nungswirtschaft im Jahre 1953. Vom 5. Juli 1954					X
Gesetz über Wohnungszählung	X				
4. Sozialwesen					
Verordnung über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge und der Jugendhilfe. Vom 25. Oktober 1954					X
Verordnung über die Durchführung einer einmaligen Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungs- empfänger. Vom 12. August 1953					X
Verordnung über eine einmalige Statistik der Lager und Lager- insassen			X		
Verordnung über die Statistik der Anstalten und Heime	X				
V. <u>Finanzen, Steuern und Kapitalmarkt</u>					
1. Finanzen					
Gesetz über die Finanzstatistik			X		

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befindet sich im Stadium				
	A	B	C	D	E
2. Steuern					
Gesetz über die Umsatzsteuerstatistik			X		
Gesetz über die Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerstatistik		X			
3. Kapitalmarkt					
Verordnung über die Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute	X				
Verordnung über die Statistik der Hypothekenbewegung		X			
VI. <u>Bevölkerung und Kultur</u>					
1. Bevölkerungsstand, Bevölkerungsbewegung, Erwerbsleben					
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes			X		
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)			X		
2. Wahlen, Rechtspflege					
Verordnung über die Bundestagswahlstatistik 1953. Vom 21. August 1953					X
3. Ausländer					
Verordnung über die Ausländerstatistik		X			
4. Gesundheitswesen					
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (hier: § 6 Geschlechtskrankenstatistik)				X	
5. Kultur					
Verordnung über eine Filmtheaterstatistik		X			